

## Substanzielles Protokoll 179. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 13. Dezember 2017, 17.00 Uhr bis 19.32 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Dr. Peter Küng (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Reto Rudolf (CVP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: 1 Sitz vakant

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |    |                          |   |     |
|----|--------------------------|---|-----|
| 1. |                          | Mitteilungen  |     |
| 3. | <a href="#">2017/311</a> | Weisung vom 13.09.2017:<br>Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und<br>Produktengruppen-Globalbudget)   | FV  |
| 4. | <a href="#">2017/423</a> | A Postulat der GLP-Fraktion vom 29.11.2017:<br>Stellenneutrale Zuordnung von zusätzlichen Stellenwerten an<br>das Projekt «Smart City» zur raschen Erarbeitung einer Smart-<br>City-Strategie | STP |
| 5. | <a href="#">2017/424</a> | A Postulat der GLP-Fraktion vom 29.11.2017:<br>Abbau von 10 Stellenwerten in den zentralen Verwaltungen und<br>den Stabsstellen der Dienstabteilungen   | FV  |

## Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

## Geschäfte

3589. 2017/311

**Weisung vom 13.09.2017:**

**Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudget)**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 178, Beschluss-Nr. 3589/2017)

Beschlüsse:

Antrag 009.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Michael Baumer (FDP):** Wir konnten feststellen, dass die Stadtverwaltung, also der Betrieb insgesamt, über die Jahre um relativ viele Stellen anwächst. Wir haben das Gefühl, dass man hier Speck anlegt. Wir wollen, dass man die Stellenanzahl reduziert und nicht so explodieren lässt wie in den vergangenen Jahren. Unser Vorschlag ist deshalb, dass man kein Entlassungsprogramm macht, sondern ganz bescheiden in der zweiten Hälfte des Jahres die Hälfte der Fluktuation nicht ersetzt. Das würde ermöglichen, dass man auch ein wenig priorisiert und schaut, wo es wichtig ist, die Stellen zu ersetzen und wo sie benötigt werden. Deshalb beantragen wir die Kürzung, um die Fluktuation in der zweiten Jahreshälfte zur Hälfte auszunutzen, die Stellen nicht mehr zu ersetzen und damit einen Gegentrend zum Stellenwachstum zu setzen. Selbst damit hätten wir noch immer viel mehr Stellen als vor fünf oder zehn Jahren.

**Dorothea Frei (SP)** beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: Bei der Argumentation wurde vergessen, über die Stellen zu reden. Ich gehe davon aus, dass man sich auf die Antwort des Human Resources Management (HRZ) beruft. Dort wurde die Fluktuationsquote 2016 in den Personalbereichen 1000 bis 5560, über Verwaltungs- und Betriebspersonal, mit 6,09 % ausgewiesen. Das waren insgesamt 1370 Arbeitnehmerkündigungen. Rechnet man hier mit einem Viertel, redet man von 342,5 Stellen, die im zweiten Halbjahr nicht besetzt werden sollen. Die SP lehnt diesen Antrag entschieden ab und steht mit den Grünen, der AL und der GLP in der Mehrheit. Die Stellen sollen quer durch die Stadtverwaltung nicht besetzt werden, beispielsweise bei der Stadtreinigung, bei Spitälern, der Polizei oder der Kinderbetreuung. Ich gehe davon aus, dass die Familienpartei CVP bei der Kinderbetreuung in der zweiten Hälfte einspringt, die SVP bei den Polizeieinsätzen aktiv wird und für die FDP würde es bedeuten, dass die Anlaufstelle für Bausachen nicht mehr besetzt werden kann. Die Bevölkerung der Stadt will keinen Leistungsabbau, weder bei der Polizei noch im Gesundheitswesen und auch nicht bei der Feuerwehr. Die Einsparungen von 13,6 Millionen Franken, die man mit dem Antrag festlegt, finanziert ungefähr ein Drittel eines Steuerprozents, wo sie eine Senkung beantragen. Dafür, wie sich die

*Stellenentwicklung analog zur Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahren verhalten hat, hat die Stadt ungefähr drei oder vier Promille ausgewiesen. Es sind zusätzliche Aufgaben dazu gekommen, beispielsweise der Aufbau der Organisation und Informatik (OIZ), der Ausbau der Betreibungsämter, neue VBZ-Linien und der Ausbau von Lehrstellen auf insgesamt 1173 Stellen, und es gab Auslagerungen. Die Kinder- und Jugendheime sind ausgelagert worden, auch die Spitex wurde ausgegliedert, ferner der Wildnispark und die Berufsberatung. Der Aufwand hat sowohl zu- wie auch abgenommen. Wir lehnen den Antrag ab.*

Weitere Wortmeldung:

**Shaibal Roy (GLP):** *Die GLP wird den Antrag auch dieses Jahr nicht unterstützen. Immerhin hat die FDP gewisse Lehren aus dem letzten Jahr gezogen und versucht, die Kalkulation der Fluktuation anzupassen. Leider ist es diesmal aber nicht ganz exakt gelungen. Man hat angefragt, wie gross die Fluktuation ohne Lehrkräfte ist. Die Zahl von 6,09 % beinhaltet aber wohlgerne nicht nur das Verwaltungspersonal im engeren Sinn, sondern neben den Lehrkräften auch das Fahrpersonal der Verkehrsbetriebe (VBZ) oder anderer Bereiche. Genau dort ist die Fluktuation hoch, aber genau hier wollen wir nicht, dass das Personal nicht ersetzt werden soll. Die Antragssteller haben einen vermeintlich grosszügigen Schnitt gemacht. Doch der Auftrag kann gar nicht ohne die Besetzung von dringend nötigen Stellen umgesetzt werden, da er vor allem mit dem vorhergehenden Antrag auf Reduktion von eingestellten Beträgen für die unbesetzten Stellen in Verbindung steht. Ansonsten müsste man sogenannte Zwangsentlassungen auf anderen Stellen vornehmen. Dies erachten wir als unangebracht und lehnen den Antrag mit aller Entschiedenheit ab. Respektive verweisen wir auf einen zielgerichteteren Antrag, den wir nachfolgend behandeln und den wir unterstützen werden. Dieser zielt auch auf die Verwaltungsstellen ab. Doch diesen Antrag müssen wir leider ablehnen.*

**Michael Baumer (FDP):** *Der Antrag ist nicht kumulativ mit dem vorhergehenden. Bei dem vorhergehenden Antrag geht es nur darum, eine Korrektur von Nichtausgeschöpftem vorzunehmen, das effektiv sowieso nicht ausgeschöpft wird. Das ist nicht kumulativ.*

**Florian Utz (SP):** *Den Stellenstreichungsantrag bei der Stadtpolizei lehnen wir ab, gemeinsam mit der SVP. Bei diesem Antrag werden 1,5 % der Stellen stadtweit gekürzt. Jede zweite fluktuierte Stelle im zweiten Halbjahr 2018 wird gestrichen. Man kann eine gewisse Priorisierung vornehmen, in einigen Dienstabteilungen 60 % der Stellen ersetzen und in den anderen 40 %, aber man wird nie ein runde Null machen können. Wenn man derart stark kürzt, werden alle davon betroffen sein. Auch die Stadtpolizei, die Feuerwehr und die Rettungssanität. Wenn man von 350 Stellen ausgeht, in den Folgejahren werden es dann noch mehr, sind es bei der Stadtpolizei 22,5 Stellen. Vielleicht kann man dann sagen, die Stadtpolizei ist noch ein wenig wichtiger, deshalb streichen wir hier nur zwanzig oder nur achtzehn Stellen, da kann man noch ein wenig variieren. Aber es wird bei der Polizei eine Stellenstreichung geben, genauso bei der Sanität und bei der Feuerwehr und in vielen anderen Dienstabteilungen, die wichtige Leistungen für die Stadtbevölkerung erbringen. Deshalb lehnen auch wir den Antrag in aller Entschiedenheit ab.*

S. -- **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**  
**1060** **Gesamtverwaltung**  
**3010 0802** **Pauschalabzug für nicht wieder besetzte Stellen**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>009.</b> Antrag Stadtrat			0 Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	13 600 000		-13 600 000 Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
	Begründung: Fluktuationen des Verwaltungs- und Betriebspersonal von 1,52 % (ein Viertel von 6,09 %) in der zweiten Jahreshälfte nicht ersetzen (ohne Lehrkräfte, Personal in Ausbildung und Teilnehmenden an Einsatzprogrammen)			

Der Rat stimmt dem Antrag von Dorothea Frei (SP) mit 111 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

<b>Abstimmungsprotokoll</b>				
<b>Platz#</b>	<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Partei</b>	<b>Stimme</b>
088	Akyol	Ezgi	AL	JA
171	Albrecht	Patrick	FDP	NEIN
084	Angst	Walter	AL	JA
138	Anken	Walter	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
121	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
105	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
018	Beer	Duri	SP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
061	Blättler	Florian	SP	JA
133	Bodmer	Onorina	FDP	NEIN
031	Brander	Simone	SP	JA
120	Brunner	Alexander	FDP	NEIN
052	Bührig	Marcel	Grüne	JA
165	Bünger	Pablo	FDP	NEIN
069	Bürgisser	Balz	Grüne	JA
002	Bürki	Martin	FDP	NEIN
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	NEIN
130	Egli	Andreas	FDP	NEIN

030	Egloff	Mathias	SP	JA
062	Erdem	Niyazi	SP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	--
008	Fischer	Renate	SP	JA
015	Frei	Dorothea	SP	JA
045	Früh	Anjushka	SP	JA
101	Garcia	Isabel	GLP	JA
087	Garcia Nuñez	David	AL	JA
027	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
102	Gredig	Corina	GLP	JA
082	Guggenheim	Eduard	AL	JA
048	Helpfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	NEIN
160	Hüni	Guido	GLP	JA
116	Huser	Christian	FDP	NEIN
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
039	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	NEIN
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	NEIN
046	Kraft	Michael	SP	JA
099	Krayenbühl	Guy	GLP	JA
001	Küng	Peter	SP	JA
054	Kunz	Markus	Grüne	JA
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
110	Liebi	Elisabeth	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	NEIN
077	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
042	Manz	Mathias	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	NEIN
051	Marti	Elena	Grüne	JA
154	Marty	Christoph	SVP	NEIN
071	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	JA
161	Meyer	Pirmin	GLP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN

024	Moser	Felix	Grüne	JA
152	Müller	Marcel	FDP	NEIN
173	Müller	Rolf	SVP	NEIN
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Näf	Ursula	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
037	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
044	Renggli	Matthias	SP	JA
006	Richli	Mark	SP	JA
112	Richter	Derek	SVP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
005	Rudolf	Reto	CVP	NEIN
055	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
003	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
176	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	JA
083	Schiwow	Michail	AL	JA
049	Schmid	Marion	SP	JA
170	Schmid	Michael	FDP	NEIN
146	Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	JA
098	Siev	Ronny	GLP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	NEIN
124	Sinovicic	Dubravko	SVP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
017	Speck	Roger-Paul	SP	--
034	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
035	Tobler	Marcel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
162	Traber	Christian	CVP	NEIN
166	Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	JA
141	Urech	Stefan	SVP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	JA
119	Vogel	Sebastian	FDP	NEIN
144	Vogelbacher	Reto	CVP	NEIN
129	Weyermann	Karin	CVP	NEIN
109	Widmer	Johann	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
095	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
063	Ziswiler	Vera	SP	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

Gemeinsame Behandlung der Anträge 010. und 011. (Postulat GR Nr. 2017/424)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Shaibal Roy (GLP)** begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3532/2017): Der pauschale Antrag bezieht sich, im Gegensatz zum vorherigen Antrag, gezielt auf das Personal in der engeren Verwaltung. Nämlich in der Zentralen Verwaltung und den Stabsstellen. Wie bereits gesagt, sehen wir eine unterproportionale Fluktuation in der engeren Verwaltung. Die 6,09 % beziehen sich auf die gesamte Stadt und da liegt der höchste Anteil der Fluktuation dort, wo man die Stellen unbedingt wieder besetzen will. In einer sich entwickelnden Stadt findet ein gewisses Wachstum statt, das ist ganz normal und auch erwünscht. Doch gleichzeitig scheinen uns durch die Zentralisierung von Aufgaben nicht grosse Effizienzgewinne ersichtlich. Es gibt ein dezentrales Controlling, ein dezentrales HR-Controlling, die Stellen sind sowohl zentral wie auch in den einzelnen Dienstabteilungen besetzt. Es gibt durchaus Einheiten, bei denen man sieht, dass trotz des Wachstums nicht automatisch der sogenannte Wasserkopf mitwächst. Das ist aber keineswegs durchgehend der Fall und deshalb wollen wir dem Gesamtstadtrat den Auftrag erteilen, Effizienzgewinne innerhalb der Departemente, aber auch über die Departemente hinaus zu realisieren. Das beste und aktuellste Beispiel sind die beiden zusätzlichen Stellen beim Beschaffungswesen. An und für sich ist es genau das, was man sich in der Stadt wünscht. Ein koordiniertes Vorgehen, über alle Departemente hinweg, mit einem klaren Ziel und Auftrag für die ganze Stadt. Das Optimierungspotenzial im internen Prozess zu identifizieren, die Prozesse schlanker zu gestalten und stadtweit einheitlich zu handhaben. Dies bedeutet aber auch, nicht nur zusätzliche Stellen dafür aufzubauen, sondern auch mit bestehenden Stellen zu alimentieren. Ansonsten hat man keine internen Prozesseffizienzen geschaffen und auch keine Zentralisierung erreicht, sondern nur zusätzlich aufgebaut. Dazu gehört auch, gegen aussen als eine Verwaltung aufzutreten und sich beispielsweise mit einer besser koordinierten Einkaufskraft auf dem Markt zu zeigen. Was wir jetzt im Fall des Beschaffungswesens hoffentlich noch mit konkreten Resultaten in punkto reduzierten Ausgaben sehen werden. Im konkreten Fall des Antrags haben wir im aktuellen Budget gesehen, dass man in der Stellenausschöpfung noch gar nicht erreicht hat, was man erreichen müsste. Wir wollen mit dem Antrag nicht nur Abbau betreiben. Wir wollen nicht, dass Leute entlassen werden. Wenn man die aktuelle Stellenausschöpfung auf der Gesamtstadtratsebene anschaut, von allen zentralen Verwaltungen der neun Departemente, haben wir jetzt schon insgesamt 14,3 unbesetzte Stellen in der Zentralen Verwaltung, Stand August 2017. Der Antrag und das Postulat sind problemlos umsetzbar, ohne eine einzige Entlassung und sogar mit gleichzeitigem Weiterausschöpfen des Stellenplans.

**Felix Moser (Grüne):** Die Minderheit kann mit dem Antrag nicht viel anfangen. Wir finden, der Sparantrag ist beim Personal am falschen Ort. Zuerst einmal ist nicht klar, wo die Stellen genau gestrichen werden sollen. Im Postulat steht Zentrale Verwaltung sowie Stabsstellen der Dienstabteilungen, im Budgetantrag heisst es wieder in der Zentralen Verwaltung. Das entspricht sich nicht ganz. Wenn Stellen gestrichen werden, müssen auch Leistungen abgebaut werden. Das können wir so nicht unterstützen. Man hat das Beispiel der Finanzverwaltung erwähnt, in der zwei neue Stellen für das Beschaffungswesen geschaffen wurden. Man erhofft sich von diesen Stellen gewisse Einsparungen in

der Beschaffung, die Stellen sind also durchaus sinnvoll. Wenn diese kompensiert werden, ignoriert man, dass genau im Finanzdepartement in den letzten Jahren Stellen gestrichen wurden. Man kann hier nicht kompensieren, wenn ein Departement in einem Jahr Stellen kürzt und im nächsten Jahr eine Stelle mehr benötigt wird. Manchmal ist es wichtiger, dass man schaut, um was es geht und nicht pauschal zehn Stellen kürzt. Es sind nicht so viele neue Stellen geplant. Weil man eine solche Forderung nicht mit einem Leistungsabbau verknüpfen will, sondern einfach pauschal zehn oder zwanzig Stellen streicht, unterstützen wir das nicht und werden mit dem Stadtrat stimmen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Der Stadtrat lehnt das Postulat dezidiert ab. Das Wachstum in der engeren Verwaltung liegt in punkto Stellen sicher nicht über dem Bevölkerungswachstum. Nach unserer Zusammenstellung, wenn man die Betriebe ausklammert, ist es mehr als moderat. Vom Budget 17 zum Budget 18 sind es 24 Stellen, von 10 957 auf 10 971. Da kann man nicht von einem ständigen Wachstum reden. 2015 waren es sogar noch 11 015 Stellen. Die engere Verwaltung wächst absolut unterdurchschnittlich und sie fängt in dieser Phase auch das tatsächliche Wachstum mit dem Personal auf. Man hat das Volumen einer mittelgrossen Schweizer Stadt aufgefangen, durch die zusätzlichen Steuerzahler, privat wie juristisch, ohne dass man zusätzlich Stellen benötigt. Aber es gibt auch neue Herausforderungen, neue Aufgabenstellungen, die gestemmt werden müssen. Dazu braucht es ab und zu neue Leute, erwähnt wurde das Beschaffungswesen. Hier gibt es neue Ansprüche, man muss mögliche Schäden abwehren und die Qualität sicherstellen. Es geht nicht darum, bei anderen Dienstabteilungen Stellen zu sparen, sondern schlicht Ansprüche gewährleisten zu können. Die Forderung zehn Stellen zu sparen, ist von der Stossrichtung her komplett falsch. Die Leute sind zum Teil wirklich maximal gefordert, in der jetzigen Jahreszeit, aber auch mit der weiteren Welle von Rechnungsabschlüssen und Geschäftsberichten. Alle Anliegen und Anfragen werden von diesen Mitarbeitenden behandelt. Genau die Mitarbeitenden also, die man einsparen will. Man trägt also selber zum enormen Aufwand in der Zentralen Verwaltung der Departemente und Dienstabteilungen bei. Deshalb bitte ich klar darum, den Vorstoss abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

**Michael Baumer (FDP):** Wir sind völlig zufällig auf die zehn Stellen gekommen und nicht zufällig darauf, wo wir diese einsparen müssten. Die FDP hat insgesamt für zehn Stellen konkrete Anträge zu einzelnen Dienstabteilungen gestellt. Darunter fällt das Beschaffungswesen mit zwei Stellen, die Liegenschaftsverwaltung mit 1,8 Stellen oder Employer Branding mit 0,5 Stellen. Wenn wir dies konkret auf die einzelnen Dienstabteilungen verteilen, haben wir nicht die nötige Flexibilität, so dass der Stadtrat auch Stellen verschieben kann. Deshalb haben wir, zusammen mit der GLP, die Lösung eines Pauschalantrags bevorzugt, weshalb wir die FDP-Anträge über die zehn Stellen zurückgezogen haben. Doch wir haben trotzdem konkret gesagt welche gemeint sind.

**Walter Angst (AL):** Wir sind gespalten. Es sind nicht alle Anträge zurückgezogen worden, denn es sind Anträge dabei, bei denen auch wieder solche Einzelstellen gestrichen werden. Es sind nicht zehn Stellen, die man in der zweiten Jahreshälfte reduzieren will. In der Zentralen Verwaltung gibt es insgesamt nur etwa 250 Stellen. Wie man die anderen 800 oder 1000 Stellen findet, die auch Stabsstellen sind, ist mir unklar. Besonders dann, wenn man von der Fluktuation auf die zehn Stellen kommt. Die Frage des Beschaffungswesens und die Diskussion um die Liegenschaftsverwaltung muss man sehr differenziert anschauen. Doch in der Zentralen Verwaltung des Präsidialdepartements gibt es beispielsweise zwei Stellen, die nur Schiebebahnhöfe



sind. An anderen Orten ist dies auch der Fall. Wir hegen Sympathie für das Anliegen, glauben aber nicht, dass man diesem mit einem Budgetantrag gerecht wird. Mit einem Auftrag könnte man allenfalls noch eher leben. Der Auftrag an den Stadtrat wäre mehr im Sinne eine Reorganisation, dass man die Stabsabteilungen fokussiert und zentralisiert, was aber ein längerfristiger Prozess ist. Wir unterstützen den Antrag nicht und sind auch beim Postulat nicht dabei.

**Dorothea Frei (SP):** Wir wollen Leistungen für die Stadtbevölkerung, dabei bleiben wir und sind gegen den massiven Stellenabbau. Das Postulat unterstützen wir aber, weil die Stellen an der Front in direktem Kontakt mit den Kunden und mit der Bevölkerung stehen. Wir haben ungefähr 700 Stabsstellen, 10 % davon sind Kommunikationsstellen. Das Departement der Industriellen Betriebe (DIB) zählt etwa sechzehn davon. Ein leichter Abbau in diesem Bereich ist durchaus denkbar, weshalb wir das Postulat unterstützen.

**Shaibal Roy (GLP):** Es gibt eine eindeutige Forderung des Postulats und wir reden von Verwaltungs- und Stabsstellen. Für den Stadtrat ist es ein eindeutiger Auftrag, über das eigene Gärtchen hinauszudenken. Somit erteilen wir gleichzeitig auch ein grosses Mass an Flexibilität in der Umsetzung des Postulats. Wir haben in guter Zusammenarbeit mit den anderen Parteien erreichen können, dass man spezifische Anträge zurückgezogen hat. Wäre es dem Stadtrat lieber gewesen, wenn wir punktuell spezifische Anträge gemacht hätten? Man hätte dort abbauen müssen, obwohl es keinen Sinn gemacht hätte. Oder ist es nicht opportuner, wenn man flexibel ist? Dann kann man sich als Stadtrat darüber Gedanken machen, wo man Verwaltungsstellen zentralisieren und wo man Effizienzen über die Departemente hinaus schaffen kann. Wir haben dem Stadtrat diese Flexibilität gewährt und gleichzeitig einen eindeutigen Auftrag formuliert, auf den Verwaltungsstellen und auf den Stabsstellen entsprechend abzubauen. Wir wollen nicht nur ein Postulat mit einer Forderung, das man irgendwann einmal umsetzen kann. Wir wollen konkret, dass es jetzt passiert.

**Stefan Urech (SVP):** Die SVP macht beim Antrag mit. Das Postulat ist ein knallhartes Weichspülerpostulat. Der Stadtrat soll prüfen, ob er 2018 von 23 000 städtischen Angestellten auf zehn verzichten kann, obwohl er zwei Jahre dazu Zeit hat. Wenn die SP beim Stellenstreichen mitmacht, weiss man, dass es ein Weichspülerantrag ist. Das Papier wird im runden Ordner landen. Aber wir unterstützen es, weil wir der Hoffnung sind, dass man im nächsten Jahr vielleicht eine grössere Zahl beantragt.

S. --	10 1060 3010 0803	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b> Gesamtverwaltung Pauschalabzug für Stellenreduktion in den Zentralen Verwaltungen und bei Stabsstellen in den Dienstabteilungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>010.</b>	Antrag Stadtrat				0 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent
			1 000 000		-1 000 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Präsident Walter Angst (AL)
		Begründung:	Kein weiterer Aufbau von Personal in der Zentralen Verwaltung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

**3596. 2017/424**

**Postulat der GLP-Fraktion vom 29.11.2017:**

**Abbau von 10 Stellenwerten in den zentralen Verwaltungen und den Stabsstellen der Dienstabteilungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Shaibal Roy (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3532/2017).

Namens des Stadtrats nimmt Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2017/311, Beschluss-Nr. 3589/2017, Antrag Nr. 010.

Das Postulat wird mit 100 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 012.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dorothea Frei (SP):** *Auf diesem Konto sind 1,4 Millionen Franken für unverschuldete Entlassungen und Abfindungen eingestellt. Wir beantragen, dass insbesondere für die reservierte Million um 200 000 Franken gekürzt wird. Wir haben ein gutes und auch ein teures Change Management aufgebaut und wir wollen, dass die Angestellten weiterbeschäftigt und nicht entlassen werden.*

**Walter Angst (AL):** *Es wäre besser gewesen, man hätte die Weisung ein wenig beschleunigter behandelt. Dann hätte man darüber diskutieren können, wie sie umgesetzt wird. Dies, damit man nicht so schnell Angestellte, die man eigentlich an einem anderen Ort einsetzen möchte oder nicht mehr einsetzen möchte, mit Abfindungen aus dem Staatsdienst entlässt. Als Einzelantrag macht dies definitiv keinen Sinn. Die RPK-Mehrheit ist zwar der Meinung, die Ausgaben müssen reduziert werden, aber strategisch.*

S. 108 10 **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**  
 1060 **Gesamtverwaltung**  
 3010 0850 **Abfindungen für unverschuldete Entlassungen**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>012.</b> Antrag Stadtrat			1 406 300 Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
	200 000		1 206 300 Minderheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	Begründung: Personal bei Reorganisationen und gesundheitlichen Problemen vermehrt in neuen Funktionen beschäftigen statt abfinden			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 013.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Shaibal Roy (GLP):** Die Mehrheit der RPK hat schon im Vorjahr nicht dem Antrag des Stadtrats entsprochen und es macht den Anschein, als würde der Stadtrat damit rechnen und den Antrag künstlich noch hochschrauben. Unverständlich ist ein solcher Antrag aus rein ökonomischer oder betriebswirtschaftlicher Sicht. Man hat schon darauf hingewiesen. Nach einer Phase der negativen Teuerung, die einer Realloohnerhöhung des Personals gleichkommt, hat man eine Erwartungshaltung kreiert, dass unabhängig von der finanziellen Entwicklung der Stadt und jeglichem ökonomischen Umfeld eine Lohnerhöhung klar ist. Wozu das einmal in hoffentlich guten Jahren führt, stimmt einen doch nachdenklich, wenn man jetzt bei einem negativen Budget sogar den Faktor 1,5 wählt. Es ist eigenartig, dass vor allem die linke Seite eine solche Politik noch unterstützt. Bei einem anderen Arbeitgeber könnte man sich das nicht erlauben. Beispielsweise bei einer Bank, deren Ertragsprognose in den nächsten drei Jahren steigende Verluste machen wird. Und bevor das passiert, schöpft man noch einmal schnell 20 000 Franken ab. Weil man aber von einem kurzfristigen Gewinn redet, den man im letzten Jahr erreicht hat und der vom Gemeinderat um das Dreifache gekürzt wurde, hebt man ihn in diesem Jahr um das Dreifache an. Das Personal hat gut gearbeitet und hat es verdient, dass ihrer Arbeit entsprechend Rechnung getragen wird. Wir haben uns dazu entschlossen, die Prämie unverändert stehen zu lassen. Sie soll allen zugutekommen und entspricht einem Betrag von 4,6 Millionen Franken. Gleichzeitig haben wir uns im Sinn eines Mehrheitskompromisses bei einem Betrag von Faktor 0,75 auf der Lohnmatrix gefunden. In der Hoffnung, dass auch die linke Ratsseite der durchaus mit viel gutem Willen behafteten Erhöhung zustimmen kann. Dem Antrag der Mehrheit bitte ich zuzustimmen.

**Dorothea Frei (SP)** beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: Wir reden hier von Lohnmassnahmen, nicht von Boni. Wir können gerne über die UBS reden, die 60 Millionen Franken Defizit macht und noch Boni auszahlt. Wir reden von Lohnmassnahmen, die der Stadtrat vom Lohnband beantragt. Er hätte gerne 1,5 %, das sind

sechzehn Millionen Franken, die über die ganze Lohnsumme verteilt werden können. Normal ist 1 % hinterlegt, 2016 und 2017 hat der Stadtrat selber auf 0,5 % reduziert. Dies im Rahmen der Massnahmen 17/0 und so gab es auch geringere Lohnentwicklungen für das ganze Personal, was in den Umfragen auch bemängelt wurde. Mit dieser Massnahme soll diesem Umstand ein Stück weit Rechnung getragen werden. Es erstaunt mich, dass die FDP mitmacht, denn die FDP sagt immer, Leistung solle sich lohnen. Damit meint sie aber offensichtlich nicht das städtische Personal. Dieses war massgeblich an den guten Resultaten beteiligt, die wir vorweisen können. Mit dem Antrag 9 zusammen sind es nun insgesamt 21 Millionen Franken, die insbesondere die FDP beim Personal spart. Das ist genau 1 % der Steuersenkung, die man beantragt. Man will nichts für das Personal, aber eine Steuersenkung um 2 %, da machen wir sicher nicht mit.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Der Antrag des Stadtrats hat nichts mit Wahlkampf zu tun. Wir versuchen lediglich wieder eine Regelung zu etablieren, die in der Stadt lange Jahre Gültigkeit hatte. Dies mit Abzockermentalitäten zu vergleichen, spricht nicht für diejenigen, die den Vergleich gemacht haben. Die Stadt hat viele Jahre Faktor 1 und früher mehr für Lohnmassnahmen zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2008 waren es 35 Millionen Franken. Damals gab es noch keine Matrix und der Rechnungsabschluss lag bei Minus 180 Millionen Franken. Es gab keinen Antrag im Budget, diesen Betrag zu kürzen. 2009 standen nach dem Abschluss, mit einem Defizit im Budget, wieder 35 Millionen Franken. Es gab nur einen Antrag um Erhöhung von sieben Millionen Franken, kein Kürzungsantrag von bürgerlicher Seite. So ging es weiter über all die Jahre, mit einer Ausnahme 2011 und der Budgetrückweisung. Es kam aber sonst nie ein Antrag, über all die Jahre mit negativem Budget, in dem Bereich zu sparen. Es war selbstverständlich, dass man die Lohnmassnahmen einstellt. Sie waren mit 35 Millionen damals höher als jetzt mit 1,5. Ich kann mich noch an Statements der FDP erinnern, man solle beim Personal an Stellen sparen aber nicht beim Lohn. Das Personal hat letztlich bei 17/0 seinen Beitrag beim Überbrückungszuschuss geleistet, bei den Prämien und weiteren kleinen Massnahmen. Wir sind in der Zeit nicht mit den Steuern hochgegangen, wir haben das Eigenkapital halten können und gute Rechnungsabschlüsse erwirkt. Es ist selbstverständlich, dass man jetzt einmal korrigiert, nach zwei Jahren, wo es sehr wenig Lohnentwicklung gab. In den Folgejahren wird der Stadtrat wieder 1,0 beantragen, es soll auch hier, wie bei den Steuern, eine gewisse Verlässlichkeit herrschen. Aber jetzt, angesichts der jetzigen Finanzsituation, dies dem Personal nicht zu gönnen, ist schwierig. Die bürgerlichen Parteien, die unter anderer Vorsteherschaft und unter einer viel schwerwiegenderen finanziellen Situation, den Massnahmen immer zugestimmt haben, müssen sich schon fragen, warum sie jetzt dagegen sind.

Weitere Wortmeldungen:

**Walter Angst (AL):** Das Ganze ist ein bisschen verwirrend. Der Stadtrat beantragt fünfzehn Millionen Franken für individuelle Lohnerhöhungen. Das sind, in den Lohnverhandlungsgrössen, die man diskutiert, 0,75 % individuell. Man will die 0,75 % auf 0,375 % runterkürzen. Die Diskussion beim städtischen Personal dreht sich um die Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräche (ZBG). Wir haben den Antrag gestellt, dass man die Lohnwirksamkeit der ZBG's überprüft und zu einer normalen Lohnpolitik zurückkehrt. Das ist nicht erfüllt, die Motion ist noch hängig. Wenn man die ZBG's aber als Instrument anwendet und man ein Lohnmodell ohne Not übersteuert, indem man Beträge rausnimmt, ist das für eine sinnvolle Personalpolitik, in der man leistungsabhängige Lohnerhöhungen ermöglichen will, speziell. Es wäre mir recht, wenn es generell 0,75 % wäre, aber davon kann man momentan nicht sprechen. Dann bleiben

noch 0,25 % für einmalige Sachen, für das Weihnachtsgeschenk, das man bekommt. Aber insgesamt sind fünfzehn Millionen Franken und fünf Millionen Franken keine hohen Beträge, die dort aufgeschlagen werden. Und es gibt ein klares Reglement, wie diese in welchen Lohnstufen verteilt werden. Das ist ein natürlicher Antrag, um die Lohnpolitik, die man formuliert hat, fortzusetzen. Weiter muss man beachten, dass wir drei Weisungen hatten, die das Personal mitfinanziert hat. Insbesondere die 2018 in Kraft tretende Änderung der Beiträge an die Pensionskasse von 62 % auf 60 %. Das ist Realgeld, das fehlt. Das was man hier macht, ist nur ein bisschen Rekompensation, dass die Leute, die etwas bekommen, dies auch spüren. Es profitieren bei weitem nicht alle städtischen Mitarbeiter von den Massnahmen. Es ist nicht so, dass 20 000 städtische Angestellte wissen, es gibt 100 oder 200 Franken mehr Lohn, wenn das heute entschieden wird. Es handelt sich um sehr punktuelle Interventionen. Weil dies auch ein Teil der Lohnverhandlungen ist, die man abgemacht hat. Es gibt die Sparmassnahmen, die man umlagert und es gibt einmalige Sparmassnahmen. Der Stadtrat will nicht vier Jahre auf Faktor 1,5 raufgehen, sondern nur ein Jahr und dann zählt drei Jahre wieder Matrix 1, also eigentlich die Hälfte, 0,375 %. Das sind die Lohnverhandlungen, die geführt worden sind. Wenn man diese über den Budgetantrag übersteuern will, wird das Auswirkungen haben, die viel weitreichender sind als die acht Millionen Franken, die man jetzt dort kürzen will.

**Michael Baumer (FDP):** Ich gebe Daniel Leupi in einem Punkt recht. Uns wäre es lieber, wir würden weniger Personal beschäftigen und dieses ausfinanzieren. Entsprechend ist es schade, dass die Mehrheit beim Antrag 9 nicht mitgemacht hat. Das ist nicht kumulativ. Hätten wir hier gewonnen, hätten wir bei den Lohnmassnahmen nicht noch einmal gekürzt. Das erste Mal hat der Stadtrat den Antrag gestellt und auf den Faktor 0,5 gesetzt. Letztes Jahr stand genau der gleiche Antrag schon einmal zur Diskussion. Es ist keine ganz neue Erkenntnis. Ich hätte mir auch einen Faktor 1,0 vorstellen können. Wir mussten hier einen gemeinsamen Antrag finden. Die 1,5 als Kompensation für vergangene Jahre zu sehen, ist speziell. Teilweise betrifft es noch nicht einmal dieselben Leute, weil sie dann nicht dort gearbeitet haben. Aber bei 1,0 hätten wir uns wieder auf dem Standard aus der Vergangenheit eingependelt, damit hätten vermutlich alle leben können. Doch 1,5 ist für mich tatsächlich auch unverständlich, deshalb sind wir zur GLP geschwenkt.

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** Es wird nicht weniger schlimm, wenn der Antrag letztes Jahr schon gestellt wurde und dieses Jahr wieder gestellt wird. Bevor man behauptet, die Wirtschaft höre dann auf, hohe Saläre zu zahlen, sollte man die realen Zahlen betrachten. In den letzten zwanzig Jahren hatten wir unter anderem eine Finanzkrise, während der eine Grossbank vom Bund einfach 68 Milliarden Franken bekommen hat und weiterhin für ihr Topmanagement Millionensaläre zahlt. Nichts wurde ausgesetzt und nichts reduziert. Man hat nichts geändert und ändert auch heute noch nichts an der Boni-Politik. In den letzten zwanzig Jahren ist die Wirtschaft bezüglich der Lohnpolitik bei den unteren und mittleren Salären faktisch stehengeblieben, wenn man es in Relation setzt zu der Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Aber die obersten 10 %-Verdienenden verzeichneten einen Lohnzuwachs von 20 %. Beim Topkader waren es sogar plus 40 % während den Krisenjahren und Jahren des schlechten Wirtschaftsgangs. Das sind die realen Zahlen. Es ist nur fair, jetzt auch einmal, nachdem man Jahre praktisch nichts gemacht hat, die bescheidenen 1,5 zu sprechen.

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Es ist noch gar nicht erwähnt worden, dass wir letztes Jahr die Rechnung mit 288 Millionen Franken Gewinn abgeschlossen haben. Jahr für Jahr hört man die gleiche Begründung, es gibt ein Defizit im Budget und deshalb muss man sparen. Man nimmt nie Bezug auf die Rechnung und den Abschluss. Zudem stellt

*man den Zusammenhang nie her, dass vielleicht auch die Arbeit des städtischen Personals etwas mit dem Gewinn zu tun hat, den man im letzten Jahr erwirtschaftet hat. Dafür will man jetzt die Hälfte rausstreichen, von 1,5 auf 0,75. Wenn ich der Stadtrat gewesen wäre, im Wissen, dass immer halbiert wird, hätte ich Faktor 3 beantragt. Dann wären wir bei den 1,5, die man eigentlich wollte. Bei den Prämien will man nicht sparen, aber beim Personal und beim Betrieb schon. Dies zeigt auch, dass man die Prämien wieder dem Kader auszahlen will und die einfachen Arbeiter bekommen einen Gutschein. Es ist viel fairer, wenn man die Lohnmassnahmen nach dem ZBG richtet und die Beurteilung entsprechend belohnt. Wir haben vor zehn Jahren das Personalgesetz angepasst und wollten einen Leistungslohn. Wenn es jetzt darum geht, die Leistung zu belohnen, will man kürzen. Das städtische Personal macht seine Arbeit sehr gut. Wir haben seit letztem Wochenende die neue Tramverbindung, die sehr gut funktioniert. Dahinter steckt sehr viel Arbeit. Man gönnt dem städtischen Personal nicht das, was ihm eigentlich zusteht. Ich hoffe sehr, dass man die Lohnmassnahmen von 1,5 heute Abend durchbekommt und dem Personal auch einmal für die sehr gute Arbeit dankt.*

**Severin Pflüger (FDP):** *Das städtische Personal macht seine Arbeit gut, aber es wird auch gut dafür bezahlt. Wenn man vergleicht, was das städtische Personal verdient und was jemand im gleichen Beruf, mit der gleichen Ausbildung anderswo verdient, ist man bei der Stadt sehr gut versorgt. Man darf nicht auf Vorrat klagen. Wenn man die wirtschaftlichen Zahlen anschaut, muss man auch das Thema der Teuerung streifen. Die Teuerung war 2012 und 2013 negativ. 2014 und 2015 lag sie bei 0,3 % und 2016 war sie wieder negativ. 2017 wird sie vermutlich bei 0,5 % liegen und nächstes Jahr vermutlich bei 0,7 %. Wenn wir Löhne anpassen, richten wir uns nach den Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgesprächen und der Einstufung von A bis E. Wobei wir Angestellte haben, die auf einem so hohen Lohnniveau sind, dass eine Einstufung keine Rolle mehr spielt. Sie kommen nicht in den Genuss einer Erhöhung. Wir passen die Löhne auch an, um die verschwindende Kaufkraft der städtischen Mitarbeiter auszugleichen. Die Inflationsrate der letzten Jahre zeigt an, dass wir nicht die verlorene Kaufkraft der Mitarbeiter ausgleichen und nichts nachholen, denn in den letzten Jahren hat die Kaufkraft nicht gelitten. Wir hatten eine negative oder eine sehr tiefe Inflation. In der privaten Marktwirtschaft gibt es auch Erhebungen darüber, wie hoch die Lohnrunden in den nächsten Jahren über alle Branchen hinweg sein werden. Im nächsten Jahr wird man hier 0,7 ansetzen. Mit 0,75 sind wir also nicht so schlecht unterwegs. Es wird die alte Platte gespielt, von den niederen Einkommen, die immer klein bleiben und den oberen Einkommen, die immer mehr bekommen. Ein wichtiger Aspekt der Statistik wird nie beachtet, nämlich was die einzelnen Angestellten genau machen. Wer vor zehn Jahren zwischen dreissig und vierzig war, hatte einen vergleichsweise tiefen Lohn. Dieselben Angestellten sind jetzt vierzig bis fünfzig und ihr Lohn ist massiv angestiegen. In der Zwischenzeit sind neue, jüngere Leute gekommen, die jetzt wieder tiefere Löhne haben. Man muss die Statistik richtig lesen.*

**Dorothea Frei (SP):** *Es gab gar keine Anzeichen dafür, dass man diesen Antrag zurückzieht, wenn Antrag 9 durchkommt. Dies ist eine schwache Argumentation. Wir haben uns alle über die neue Stelle im Employer Branding gewundert und uns gefragt, warum man die Stadt als Arbeitgeber noch attraktiver machen muss. Wenn ich die Diskussion jetzt höre, verstehe ich langsam, warum das HRZ sich Sorgen über die Mitarbeitenden der Zukunft macht. Dann folgt ein Referat über Teuerung, es geht gar nicht um Teuerungszulagen. Und von wegen die Löhne sind optimal in der Stadt. Das Stadtspital Triemli bekommt schon gar keine Bewerbungen mehr, weil man weiss, dass man dort nicht so gute Arbeitsbedingungen hat. Der Spitaldirektor war letztes in der RPK und berichtete, er hätte innert drei Monaten das ganze gastroenterologische Team verloren, sowohl die Ärzte als auch das Pflegepersonal, an eine Privatklinik. Die zahlt viel bessere Löhne. Man kann nicht einfach behaupten, die Stadt zahlt immer die besten*

Löhne und es gäbe keinen Anlass für Lohnmassnahmen.

**Stefan Urech (SVP):** Von 1980 bis 2016 ist die Bevölkerung der Stadt um 13 % angewachsen. Die Anzahl der städtischen Angestellten ist in der gleichen Zeit um 31 % gestiegen, auf mittlerweile 23 000. Jetzt so auf die Tränendrüse zu drücken und so zu tun, als ob die bösen Bürgerlichen die Lohnmassnahmen verhindern, ist heuchlerisch. Wir können den Aufwand der Stadt nicht mehr mit dem Einkommen decken. Man macht sich Sorgen, dass die Stadt ein schlechter Arbeitgeber ist, wir hoffen, dass die Zahl nicht noch weiter steigt.

**Florian Utz (SP):** Wir können die Ausgaben durch die Einnahmen decken. Wir hatten im letzten Rechnungsjahr einen Überschuss von 288 Millionen Franken, im vorletzten Jahr und dieses Jahr auch. Die Einnahmen sind gedeckt. Wir haben keine Teuerung? Kein Wunder, wenn wir die Krankenkassenprämien nicht in die Statistik einrechnen. Es gibt eine Theorie und eine Praxis. Die Praxis der Menschen in unserer Stadt ist, dass die Lebenshaltungskosten, insbesondere durch die Krankenkassenprämien und durch die Mieten, ganz klar steigen. Auch vor diesem Hintergrund erachten wir die Lohnmassnahmen als sehr gerechtfertigt.

**Stefan Urech (SVP):** Wir konnten die Ausgaben aufgrund von Sondereinnahmen decken und weil die Stadt ein wirtschaftliches Hoch erlebt. Aber das ist keine Aussage der SVP, das stand im Aufgaben- und Finanzplan (AFP). Die Stadt schreibt also selbst, dass sie ihre Ausgaben nicht mehr decken kann. Dies immer noch gerechnet mit einem Best-Case-Szenario. Nicht, wenn es einmal um die Wirtschaft nicht mehr so gut steht, wie jetzt gerade.

S. 108	<b>10</b> <b>1060</b> <b>3010 0858</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b> <b>Gesamtverwaltung</b> <b>Sammelkredit für die Anpassung der Löhne im Zusammenhang mit den Lohnmassnahmen nach Städtischem Lohnsystem (SLS)</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>013.</b>	Antrag Stadtrat				20 912 500	Minderheit Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			8 156 300		12 756 200	Mehrheit Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
		Begründung:	Prämien unverändert, Anpassung Lohnmassnahmen der Matrizen aufgrund des Budgetdefizits mit Faktor 0,75			

Der Rat stimmt dem Antrag von Dorothea Frei (SP) mit 108 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

<b>Abstimmungsprotokoll</b>				
<b>Platz#</b>	<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Partei</b>	<b>Stimme</b>
088	Akyol	Ezgi	AL	NEIN
171	Albrecht	Patrick	FDP	JA
084	Angst	Walter	AL	NEIN
138	Anken	Walter	SVP	JA
013	Aubert	Marianne	SP	NEIN
137	Balsiger	Samuel	SVP	JA
121	Bartholdi	Roger	SVP	JA
105	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	JA
018	Beer	Duri	SP	NEIN
114	Bertozzi	Roberto	SVP	JA
061	Blättler	Florian	SP	NEIN
133	Bodmer	Onorina	FDP	JA
031	Brander	Simone	SP	NEIN
120	Brunner	Alexander	FDP	JA
052	Bührig	Marcel	Grüne	NEIN
165	Bünger	Pablo	FDP	JA
069	Bürgisser	Balz	Grüne	NEIN
002	Bürki	Martin	FDP	JA
033	Denoth	Marco	SP	NEIN
009	Diggelmann	Simon	SP	NEIN
004	Egger	Heidi	SP	NEIN
167	Egger	Urs	FDP	JA
130	Egli	Andreas	FDP	JA
030	Egloff	Mathias	SP	NEIN
062	Erdem	Niyazi	SP	NEIN
127	Fehr	Urs	SVP	JA
008	Fischer	Renate	SP	NEIN
015	Frei	Dorothea	SP	NEIN
045	Früh	Anjushka	SP	NEIN
101	Garcia	Isabel	GLP	JA
087	Garcia Nuñez	David	AL	NEIN
027	Glaser	Helen	SP	NEIN
135	Götzl	Martin	SVP	JA
020	Graf	Davy	SP	NEIN
102	Gredig	Corina	GLP	JA
082	Guggenheim	Eduard	AL	NEIN
048	Helfenstein	Urs	SP	NEIN
072	Hirsiger	Eva	Grüne	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	NEIN
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	JA
116	Huser	Christian	FDP	JA
175	Hüssy	Kurt	SVP	JA
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	JA
123	Iten	Stephan	SVP	JA
039	Kälin	Simon	Grüne	NEIN



014	Käppeli	Hans Jörg	SP	NEIN
086	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
025	Kisker	Gabriele	Grüne	NEIN
118	Kleger	Thomas	FDP	JA
026	Knauss	Markus	Grüne	NEIN
147	Kobler	Raphael	FDP	JA
046	Kraft	Michael	SP	NEIN
099	Krayenbühl	Guy	GLP	JA
001	Küng	Peter	SP	NEIN
054	Kunz	Markus	Grüne	NEIN
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	NEIN
066	Lamprecht	Pascal	SP	NEIN
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	JA
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
110	Liebi	Elisabeth	SVP	JA
149	Luchsinger	Christoph	FDP	JA
077	Maino	Rosa	AL	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	NEIN
042	Manz	Mathias	SP	NEIN
163	Mariani	Mario	CVP	JA
051	Marti	Elena	Grüne	NEIN
154	Marty	Christoph	SVP	JA
071	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	NEIN
104	Merki	Markus	GLP	JA
161	Meyer	Pirmin	GLP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	JA
024	Moser	Felix	Grüne	NEIN
152	Müller	Marcel	FDP	JA
173	Müller	Rolf	SVP	JA
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Näf	Ursula	SP	NEIN
125	Osbahr	Thomas	SVP	JA
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	NEIN
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
037	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	NEIN
073	Probst	Matthias	Grüne	NEIN
157	Regli	Daniel	SVP	JA
044	Renggli	Matthias	SP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	NEIN
112	Richter	Derek	SVP	JA
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	NEIN
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
005	Rudolf	Reto	CVP	JA
055	Rykart Sutter	Karin	Grüne	NEIN
010	Sangines	Alan David	SP	NEIN
065	Savarioud	Marcel	SP	NEIN
003	Schatt	Heinz	SVP	JA
176	Schick	Peter	SVP	JA
089	Schiller	Christina	AL	NEIN

083	Schiwow	Michail	AL	NEIN
049	Schmid	Marion	SP	NEIN
170	Schmid	Michael	FDP	JA
146	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
156	Schwendener	Thomas	SVP	JA
041	Seidler	Christine	SP	NEIN
098	Siev	Ronny	GLP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	NEIN
151	Simon	Claudia	FDP	JA
124	Sinovic	Dubravko	SVP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
017	Speck	Roger-Paul	SP	NEIN
034	Strub	Jean-Daniel	SP	NEIN
035	Tobler	Marcel	SP	NEIN
150	Tognella	Roger	FDP	JA
162	Traber	Christian	CVP	JA
166	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
183	Urben	Michel	SP	NEIN
141	Urech	Stefan	SVP	JA
047	Utz	Florian	SP	NEIN
119	Vogel	Sebastian	FDP	JA
144	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
109	Widmer	Johann	SVP	JA
028	Wiesmann	Barbara	SP	NEIN
095	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
063	Ziswiler	Vera	SP	NEIN

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

#### Antrag 014.

Kommissionsreferentin:

**Dorothea Frei (SP):** *Der folgende Antrag ist einstimmig und gleichlautend. Es geht um Gebühren aus den Amtshandlungen der Betreibungsämter. Laut den Aussagen der Betreibungsämter ist eine Erhöhung der ursprünglich budgetierten 1,2 Millionen Franken möglich, wenn sie die Gebühreneinnahmen hochrechnen würden. Wir haben die 1,2 Millionen Franken so eingestellt und den Betrag nach oben korrigiert.*

S. 112 10  
1070  
4310 0000

**BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**  
**Betreibungsämter**  
**Gebühren für Amtshandlungen**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>014.</b> Antrag Stadtrat			-23 550 000	



Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 124 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

Antrag 016.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Stefan Urech (SVP):** Hier geht es um Beiträge an private Unternehmungen. Wir wollen dort 350 000 Franken kürzen. In der Stadt will man das 500-jährige Reformationsjubiläum feiern. Dies mit Klanginseln, Podiumsdiskussionen am Schauspielhaus über den ethischen Konsum oder darüber, ob die Europaallee oder doch die Stadtkneipe für Zürich wichtiger sind. Ferner auch, ob man die No-Billag-Initiative unterstützen soll. Alles Veranstaltungen, die unter dem Reformationsjubiläum laufen. Im Theater Neumarkt wird darüber geredet, ob Allah und Gott das gleiche sind, was hat das mit Herrn Zwingli und Herrn Froschauer zu tun? Eine andere Podiumsdiskussion behandelt die Fragestellung, ob man Kultursubventionen kürzen soll. Ja, genau aus diesem Grund. Für die Landesausstellung soll auch noch Geld gesprochen werden, nämlich 100 000 Franken. Angesichts des negativen Budgets, das man schon hat, möchten wir die Beträge rausstreichen.

**Shaibal Roy (GLP):** Die Begründung der Kürzung lässt einmal mehr daran zweifeln, ob die SVP das richtige Verständnis für die Rolle des Parlaments und der Aufgaben der RPK hat. Man versucht, zu erklären, dass man im Budget nicht Beschlüsse, die mit einer Weisung vom Gemeinderat schon beschlossen worden sind, umstossen kann. In dem Fall handelt es sich sogar noch um einen Beschluss, den die SVP unterstützt hat. Wir wollten damals, zusammen mit der AL, einen reduzierten Betrag von zwei Millionen Franken, wovon eigentlich 700 000 Franken noch Gebührenerlasse sind. Aber die SVP hat den Antrag abgelehnt und die Weisung ist vollumfänglich vom Gemeinderat, inklusive der SVP, unterstützt worden. Im Budget macht man jetzt eine 180-Grad-Drehung. Dazu noch mit einer grotesken Begründung, die wie eine Strafkürzung anmutet. Die Stadtpräsidentin wurde sogar im Votum noch aufgefordert, dass sich die Kirchen klar, deutlich und kulturell gut aufgearbeitet ausdrücken können. Dafür sollten sie ein bisschen mehr vom staatlichen Geld erhalten als nur gerade die zwei Millionen Franken. Nun will man genau diesen Betrag rauskürzen. Das macht keinen Sinn.

**Stefan Urech (SVP):** Der Gemeinderat hat die Hohheit über das Budget und ist dafür verantwortlich, was in dieser Stadt ausgegeben wird. Er hat einen regulierenden Einfluss auf den Stadtrat. Und wenn der Stadtrat ausschlägt und zuviel budgetiert als er einnimmt, dann ist es die Verantwortung des Rates, dies wieder gegen unten zu regulieren. Doch damit nimmt man die Verantwortung nicht wahr und baut deswegen in den besten Jahren keinen Franken Schulden ab, sondern legt weitere zu. Warum müssten wir sonst neue Kredite aufnehmen und diese bewilligen? Es stimmt, wir haben der Weisung zugestimmt, aber damals haben wir noch nicht gewusst, dass die Reformationsveranstaltung so absurd umgesetzt wird. Was hat moderner Tanz mit Reformation zu tun oder die No-Billag-Initiative oder Allah oder eine Diskussion um ethischen Konsum? Wenn wir sehen, dass aus der historischen Veranstaltung ein linksideologischer Komplex gemacht wird, der nichts mehr mit dem Thema zu tun hat, ist es unser gutes Recht, zu sagen, dass wir es so nicht gemeint haben. Man kann die Hälfte des Betrags dazu nutzen, die historischen Führungen zu machen, aber nicht die anderen Veranstaltungen.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir haben damals zugestimmt. Wir haben die Möglichkeit zu sagen, so nicht. Das ist nicht absurd. Wir goutieren es nicht, doch strafen auch nicht ab.

Wir haben die Gemeinschaftszentren einmal abgestraft mit 250 000 Franken. Niemand hier kann sagen, der Rat hätte nicht am Schluss, wenn der Fall über den Bezirksrat, über Gerichte gegangen wäre, dem Stadtrat nicht die Stirn geboten. Aber man mittelt sich früher oder später ein und sagt, dann bekommen sie die 250 000 Franken halt wieder.

S. 117	15 1500 3650 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Präsidentialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beiträge an private Unternehmungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>016.</b>	Antrag Stadtrat				735 000	Mehrheit
			350 000		385 000	Minderheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
						Begründung: Verzicht auf Projekt Landesausstellung, wegen katastrophalen Projekten des Reformationsjubiläums im Jahr 2018 50 % Strafkürzung

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 017.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Shaibal Roy (GLP):** Das PRD hat auf Rückfrage der RPK festgestellt, dass irrtümlich ein Betrag von 30 000 Franken doppelt eingestellt worden ist und dieser gekürzt werden kann. Wie genau die SVP auf ihren Betrag gekommen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Es wurden keine Rückfragen gestellt und die letzten Jahre wurde auf diesem Konto ein deutlicher Rückgang ausgewiesen. Ich danke für die Unterstützung der Mehrheit.

Dr. Daniel Regli (SVP): Wir mussten keine Fragen stellen, weil es klar war, dass wir unseren Antrag begründen können. Wir wollen eine 10 %-Kürzung bei den Löhnen in der Dienstabteilung. Das ist nicht sehr viel und wir reden seit Jahren transparent darüber, dass der endlose Kulturausbau nicht weitergehen darf. In der zentralen Verwaltung planen und verwalten etliche Leute an diesem Kulturausbau mit. Wir dürfen 10 % beantragen. Die Ausstellung im Stadthaus braucht es nicht. Wir stellen die folgenden Kürzungsanträge, wenn sie potenziell durchkommen würden, gäbe es viel weniger Verwaltungspersonal. Wir wissen, dass sie nicht durchkommen, aber wir streichen noch nicht die Fahne. Dann müssen wir auch keinen Rückbau machen bei der Zentralen Verwaltung. Beim Theater am Hechtplatz, dem Helmhaus und der Kulturförderung werden wir massive Kürzungsanträge stellen. Auch beim Theater Spektakel und der «Kunst: Szene Zürich 2018». Die Personalkürzung muss man gar nicht so dramatisch darstellen. Es gibt über dreissig Stellen in der Zentralen Verwaltung, das bedeutet drei Stellen zu kürzen. Dies ist mit der Fluktuation und mit Teilzeitstellen zu bewerkstelligen.

S. 118 15 PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT  
1501 Kultur  
3010 0000 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
017. Antrag Stadtrat	30 000		3 769 200 3 739 200 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	375 000		3 394 200 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
Begründung: GLP: Zu viel budgetiert, Betrag nicht benötigt; SVP: Aufgrund des geforderten Rückbaus der Kulturlibelle weniger Aufgaben in der Dienstabteilung				

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(3 769 200)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(3 739 200)	100 Stimmen
Antrag Minderheit	(3 394 200)	<u>20 Stimmen</u>
Total		120 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

#### Antrag 018.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir haben 82 000 Franken beantragt. Vor der tabellarischen Kürzung sind schon 20 000 Franken gestrichen worden, wir senken deshalb unseren Kürzungsantrag auf 62 000 Franken. Wir wollen keinen Druck der «Evaluation Tanz- & Theaterlandschaft». Dies kann man elektronisch machen und hier 12 000 Franken sparen. Wir fordern den Verzicht der Produktionen aus «Kunst: Szene Zürich 2018». Wir finden, Zürich hat einen Überschwang an Kulturinstitutionen und Projekten, dass noch ein Projekt mehr nicht nötig ist. Genauso wenig wie die regionalen Veranstaltungen, genauso wenig wie die Landesausstellung. Wir fordern eine reduzierte Papierwerbung für das Helmhaus, das 80 000 Franken verjubelt. Für den Hechtplatz, der für 90 000 Franken druckt und die Bildende Kunst, die nochmals 35 000 Franken für Druckkosten ausgibt.

**Shaibal Roy (GLP):** Die Mehrheit hat die Druckkosten ebenfalls genau angeschaut, die Kürzung bereits mit einem tabellarischen Antrag erstellt und diesen auch entsprechend umgesetzt. Trotz mehrfachem Hinweis innerhalb der RPK hat sich die SVP nicht in der Lage gesehen, auch zur Effizienz der Budgetdebatte beizutragen. Dies, indem sie bei-

*spielsweise eigene Tabellenanträge gemacht hätte oder eben nicht kumulative Anträge auf dem gleichen Konto. Ich danke für die Ablehnung des Antrags.*

S. 118	15 1501 3101 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Kultur</b> <b>Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>018.</b>	Antrag Stadtrat				416 900 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			62 000		354 900 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
		Begründung:	Reduktion bei «Evaluation Tanz- & Theaterlandschaft», «Kunst: Szene Zürich 2018», Helmhaus, Hechtplatz, E-Musik, Diverses			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 002. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 62 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 019.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Wieder so ein ungeschriebenes Gesetz, wenn man vorne tabellarisch kürzt, darf man dies nachher nicht mehr tun. Wir haben das jahrelang immer so gemacht und werden es auch weiterhin tun. Wir wollen 100 000 Franken von insgesamt 539 000 Franken sparen. Für 150 000 Franken alleine inseriert das Theater am Hechtplatz, das Gratisangebot Helmhaus macht Werbung für 20 000 Franken, das Filmpodium generiert ebenfalls hohe Ausgaben und unter Diverses sind 45 000 Franken alleine für VBZ-Plakate zu finden. Den relativ kleinen Betrag von 100 000 Franken könnte man gut einsparen.*

**Shaibal Roy (GLP):** *Wenn man das Budget ganz genau angeschaut hat, dann wird man festgestellt haben, dass die Differenz von 2018 zu 2017 nicht nur 25 000 Franken, sondern 50 000 Franken beträgt. Doch auf dem Konto befinden sich auch saldoneutrale Aufwände über 40 000 Franken für das Theater Spektakel. Diese sind gemäss dem Bruttoprinzip dort eingestellt, aber werden von der ZKB auf dem Ertragskonto 4360 wieder zurückerstattet. Es gibt noch 10 000 Franken Differenz zu den 25 000 Franken, die wir als Betrag eingestellt haben. Wir konnten aber feststellen, dass gemäss der Erwartungsrechnung auch noch ein wenig Reserven vorhanden sind. Somit beantragen wir eine Umsetzung der Kürzung von 25 000 Franken, die immer noch einem leicht höheren Betrag entspricht, als der Rechnung 2016.*

**Alan David Sangines (SP):** *Das Mehr auf diesem Konto wird zurückerstattet, deshalb nimmt man es nach dem Bruttoprinzip auch wieder ein. Beim Theater Spektakel nimmt*

man es über die ZKB ein. Die Erwartungsrechnung ist nur eine Erwartung. Wir denken deshalb, dass hier gut budgetiert wurde und die Insertionen gerechtfertigt sind. Stimmen sie mit der Mehrheit.

S. 118	<b>15</b>	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b>			
	<b>1501</b>	<b>Kultur</b>			
	<b>3101 0109</b>	<b>Insertionsaufwendungen</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
<b>019.</b>	Antrag Stadtrat			539 000	Mehrheit
			100 000	439 000	Minderheit 1
			25 000	514 000	Minderheit 2
					Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
					Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
					Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	SVP: Reduktion bei «Kunst: Szene Zürich 2018», Helmhaus, Hechtplatz, Filmpodium, Diverses; FDP: Zurück auf Budget 2017		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(539 000)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(439 000)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(514 000)	<u>40 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 62 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zugestimmt.

#### Antrag 020.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Stefan Urech (SVP):** Es wurde ein paarmal erwähnt, dass wir den Ablauf einer Budgetdebatte nicht verstehen und Anträge zu Sachen stellen, die schon durch eine Weisung besprochen worden sind. Auch diesem Antrag ist vielleicht eine Weisung vorangegangen, aber die Budgetdebatte ist auch ein Prozess. Hier soll dem Stadtrat der Spiegel vorgehalten werden. Die Debatte soll aufzeigen, was die Dinge, die man bestellt, auch effektiv kosten. Ferner, wie man, wenn man das Unnötige ein wenig zurückstutzt, die Finanzen wieder in den Griff bekommt. Jedes Jahr muss man sich



wieder in Erinnerung rufen, dass die Stadt Ateliers in New York, Genua, Istanbul und Paris betreibt. Ein Tanzatelier in San Francisco, in Südindien oder in Berlin. Überall auf der Welt unterhält die Stadt Ateliers für bildende Kunst und Selbstfindung. Die Leute, die dort hinkommen, widersprechen diametral ihrem Credo: Für alle, statt für wenige. Es sind nur ein paar Glückliche, die in ein solches Atelier ziehen dürfen. Sie müssen nach diesem halben Jahr keinen Leistungserweis erbringen. Sie müssen nicht sagen, was sie gemacht haben. Es sind am Ende Gratisferien für eine kleine selektionierte Gruppe von Künstlern. Es ist unser Recht, darauf aufmerksam zu machen. Dasselbe gilt für die Artists in Residence, das Lager im Theater Spektakel und das Büro am Hechtplatz.

**Shaibal Roy (GLP):** In dem Fall geht es nicht um die bestehenden Weisungen und es ist auch klar, dass die SVP Probleme mit Ateliers hat, die im Ausland betrieben werden. Aber bei den Ateliers handelt es sich um laufende Verträge, hier kann man nicht kürzen. Man hat diesbezüglich schon letztes Jahr im Budget nachgefragt, doch vermutlich dieses Jahr vergessen nachzuschauen, wie lange die Verträge laufen. Wenn die fixen Verträge laufen, muss das Geld gezahlt werden, wir können nicht vertragsbrüchig werden. Man kann die Beträge noch lange aus dem Budget streichen, gezahlt werden müssen sie trotzdem. Mangels Umsetzbarkeit müssen wir den Antrag ablehnen.

S. 119	15	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b>
	1501	<b>Kultur</b>
	3160 0000	<b>Miete und Pacht von Liegenschaften</b>

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>020.</b>	Antrag Stadtrat			537 200	Mehrheit
		240 000		297 200	Minderheit
		Begründung: Auflösung der Mieten für Ateliers, Artist in Residence Wohnung, günstigere Lösungen für Büro Hechtplatz, Lager Theaterspektakel			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 021.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Anken (SVP):** Wir wollen auf dem Konto 100 000 Franken kürzen. Wenn man das Konto von 2014 bis 2018 unter die Lupe nimmt, zählt man jährliche Zunahmen von 20 000 bis 30 000 Franken. Begründet wird dies damit, dass eine Bühne nicht mehr zur Verfügung steht. Wir sehen Einsparungsmöglichkeiten beim Filmpodium, dort muss man nicht 350 Filme jährlich zeigen, das können die kommerziellen Kinos auch machen. Beim Theater Spektakel hat man dreizehn Bühnen und über vierzig Produktionen, man kann dort auch reduzieren.

**Shaibal Roy (GLP):** Die Erhöhung auf diesem Konto ist plausibel. Es ist ein hehres An-

sehen, zu sagen, man solle das Mobiliar wieder bei Immobilien Stadt Zürich (IMMO) beziehen. Die Bühnen sind altersbedingt von der IMMO entsorgt worden. Man kann sie nicht wieder nehmen und hat dann Bühnen, die einbrechen, das ist nicht realistisch. Auf dem Konto haben wir auch eine Erhöhung von 40 000 Franken für Drittmieten, weil wir die Bühnenelemente nicht mehr bei der IMMO beziehen können. Gleichzeitig ist der gleiche Betrag auf dem anderen Konto eingestellt. Es handelt sich nicht um mehr Geld, das wir ausgeben. Wir zahlen es nicht mehr der IMMO, weil sie die Bühnen nicht mehr haben. Der Betrag wird jetzt für Drittmieten aufgewendet. Das Theater Spektakel hat schon Einsparungen auf dem Konto von 20 000 Franken vorgenommen, weil sie günstigere Mobilien-Anschaffungen getätigt haben.

S. 119	15	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b>			
	1501	<b>Kultur</b>			
	3161 0000	<b>Mieten und Benutzungskosten</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
<b>021.</b>	Antrag Stadtrat				687 000 Mehrheit
			100 000		587 000 Minderheit
		Begründung:	Reduktion der Kosten für Miete von Bühnenelementen, Einsparungen beim Filmpodium und Theaterspektakel		
					Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 022.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Elisabeth Liebi (SVP):** Am 8. März 2017 hat der Gemeinderat ein Postulat der GLP überwiesen, das mit 81 zu 40 Stimmen angenommen wurde. Dort wurde beantragt, dass die Städtepartnerschaft im heutigen Sinn aufgelöst wird. In verschiedenen Bereichen wurde in den letzten Jahren immer mehr ersichtlich, dass die Städtepartnerschaft mit San Francisco nicht zu nennenswerten konkreten Ergebnissen geführt hat. Das Engagement von Google in der Stadt hat herzlich wenig mit dieser Städtepartnerschaft zu tun. Stadtpräsidentin Corine Mauch bezeichnet die Partnerschaft auch nicht als solche im Rahmen einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit, sondern als Austausch von zukunftsgerichteten Ideen in Sachen Wohnen und ökologischer Entwicklung. Geografisch, klimatisch und in Sachen Bevölkerungsgrösse sind die Städte sehr unterschiedlich. Eine erneute Aufstockung des Reisebudgets im Kulturbereich wurde durch Reisen nach San Fransisco begründet. Dieser Ausgabeposten steigt Jahr für Jahr. Ist dies wirklich notwendig zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe der Stadt? Wir beantragen die Kürzung des Budgetpostens um 50 000 Franken.

**Shaibal Roy (GLP):** Am Theaterspektakel sind internationale Künstler am Start und das für die Visionierung der Acts gewisse Reisen gemacht werden, macht Sinn. Es finden

*Gespräche statt und ein Austausch mit anderen Festivals, an denen Buchungen koordiniert werden können. Schlussendlich resultieren dadurch auch Einsparungen für die Stadt. Ein Grossteil des Betrags sind Pauschalspesen. Es ist schwierig, diese einfach aus dem Budget herauszustreichen, weil sie gebundene Ausgaben und Lohnbestandteile sind. Aber solche technischen Details, ob dies umsetzbar ist oder nicht, haben wir jetzt schon mehrfach diskutiert. Für den Antrag hätte ich durchaus Sympathie. Hätte die SVP eine gewisse Gesprächsbereitschaft gezeigt, hätte man sich vielleicht finden können, aber das hat nicht stattgefunden. Wie schon erwähnt, hat die Mehrheit des Rats ein Postulat überwiesen, das die Überprüfung der Städtepartnerschaften fordert. Eine solche besteht mit San Francisco. Dass dorthin jemand eine Reise macht, könnte man vielleicht auch mit weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoss realisieren. Aber unsere Hoffnungen beruhen darauf, dass gleichzeitig eine neue Förderinitiative im Bereich Digitale Kunst ins Leben gerufen werden soll. Dies zusammen mit dem lokalen Komitee der Städtepartnerschaft. Auf die Resultate sind wir sehr gespannt und erhoffen uns dadurch einen Schritt ins 21. Jahrhundert der Städtepartnerschaften, zumindest in einem ersten Schritt.*

S. 119	15 1501 3170 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Reise- und Spesenentschädigungen des Personals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>022.</b>	Antrag Stadtrat				102 100 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			50 000		52 100 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
		Begründung:	Verzicht auf Reisen nach San Francisco, keine Ausrichtung von Reisespesen für Theaterspektakel			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 023.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Michael Baumer (FDP):** *Auf dem Konto sind 350 000 Franken mehr eingestellt als im letzten Jahr. Dazu kommt, dass auf dem Konto bis jetzt das Centre Le Corbusier gewesen ist, das 400 000 Franken gekostet hat. Das fällt nun weg. Also gibt es insgesamt eine sehr ansehnliche Erhöhung von fast 700 000 Franken. Für die Minderheit 1 ist klar, es gibt auch neue Punkte durch Budgetüberträge und eine gewisse moderate Erhöhung ist auch gerechtfertigt, aber dennoch sollte man berücksichtigen, was alles erhöht worden ist. Das Theater Spektakel um 100 000 Franken oder für die Leitung der Stiftung für Abendländische Ethik und Kultur (STAB) 40 000 Franken. Die Erhöhung ist zu stark, weshalb die Minderheit 1 eine moderate Kürzung der Erhöhung um 148 300 Franken beantragt.*

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Wenn wir zwei Millionen Franken der 6,2 Millionen Franken*

kürzen wollen, ist es uns klar, dass wir scheitern. Es ist auch klar, dass die Kürzung drastisch ist. Wir können auf die Stadthausausstellung zum Thema Reformation verzichten, auf die «Kunst: Szene Zürich 2018» und die «Regionale 2020». Der Kanton hat zur «Regionale 2020» noch kein Konzept vorgelegt. Vielleicht könnte er auch einmal auf die Idee kommen, eine regionale Kulturausstellung ohne die Stadt zu realisieren. Das Gratisangebot Helmhaus kostet 2,1 Millionen Franken im Jahr. Auf dem Konto sind 529 000 Franken eingestellt, man kann hier sehr gut kürzen. Das Theater Spektakel und der Hechtplatz kosten auf dem Konto 3,1 Millionen Franken. Diverse Förderungen kosten 290 000 Franken. Kulturplakatierungen und wenn eine Gönnerstiftung für ein Jahr aus dem Theater Spektakel aussteigt, muss dies doch nicht von der Stadt finanziert werden. Vielleicht kommt die Gönnerstiftung gar nicht mehr zurück, wenn sie merkt, Zürich springt sowieso ein. Lohnanpassungen für Dritte sind ebenfalls nicht nötig.

**Shaibal Roy (GLP):** Die Erhöhungen auf diesem Konto sind sauber begründet worden. Es handelt sich hier im wesentlichen um Umsetzungen von Aufträgen, die vom Gemeinderat gekommen sind. Unter die 500-jährige Reformationsfeier fällt die Ausstellung im Stadthaus, aber der Feier wurde zugestimmt. Den Budgetierungen von zusätzlichen Mitteln des Theaters am Hechtplatz stehen entsprechend wieder höhere Einnahmen aus Ticketverkäufen entgegen. Dies bedingt wieder höhere Umsatzbeteiligungen der Künstlerinnen und Künstler. Die Kulturabteilung hat die städtische Kulturplakatierung vom Amt für Städtebau übernommen. Die Gelder sind vom Gemeinderat gesprochen worden.

Weitere Wortmeldung:

**Stefan Urech (SVP):** Ein Wort zum Sponsor, der beim Theater Spektakel ausgestiegen ist. Man kann hier einen guten, aktuellen Vergleich mit dem Musikfestival «Live at Sunset» auf dem Dolder ziehen, das traurigerweise auch keinen Sponsor mehr findet. Es leidet unter den städtischen Vorschriften, weil man den privaten Veranstaltern das Leben schwer macht. Das Festival konnte kein Sponsoring mehr finden, obwohl es eine sehr beliebte Veranstaltung ist, die es seit über zwanzig Jahren gibt. Beim Theater Spektakel ist der Staat jedoch sofort da und springt ein.

S. 119		PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
15		Kultur				
1501		Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
3180 0000						
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
023.	Antrag Stadtrat			6 248 300	Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		148 300		6 100 000	Minderheit 1	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		2 000 000		4 248 300	Minderheit 2	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
		Begründung:		CVP: Nur moderate Erhöhung und Budgetüberträge; SVP: Rückbau der schädlichen Kulturblase bei Plakatierung, Helmhaus, Theater Hechtplatz, Theaterspektakel, Verzicht auf «Kunst: Szene Zürich 2018» und Mitwirken bei «Regionale 2020»		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(6 248 300)	75 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(6 100 000)	29 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(4 248 300)	<u>20 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

---

Antrag 024.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Anken (SVP):** Auf diesem Konto hatten wir in der Vergangenheit Kosten zwischen 380 000 Franken und 400 000 Franken. Kostentreiber sind hier die wöchentlichen Kulturversände. Wenn man darauf verzichten könnte und alles elektronisch macht, könnte man diese massiv günstiger machen. In den letzten 25 Jahren hat man die Versände brieflich gemacht. Jetzt ist es endlich Zeit, dass man die Versände elektronisch umsetzt. Wir sind im digitalen Zeitalter und wir sollten endlich die Medien, die wir zur Verfügung haben, auch entsprechend nutzen.

**Shaibal Roy (GLP):** Auch für diesen Antrag könnte man durchaus Sympathien haben, der Kulturversand macht aber aus zwei Aspekten durchaus Sinn. Einerseits spart die Stadt nur den gemeinsamen Kulturversand. Denn jede einzelne Institution generiert auch noch separate Versandkosten, was durchaus auch noch Optimierungspotenzial birgt. Dies ist aber seitens Stadt sowie auch auf der Empfängerseite effizient in Bezug auf den Aufwand zum Erstellen und Konsumieren des Programmes, das zugestellt wird. Wir reden hier von 13 000 Empfängern, die den Kulturversand aktuell beziehen, es gibt also ein Bedürfnis danach. Der zweite positive Aspekt ist, dass externe Kulturinstitutionen den Versand mitbenutzen können, was auch ökologisch Sinn macht. Ferner auch ökonomisch durch die Drittinstitutionen, durch die, die Stadt immerhin auch noch 30 Rappen pro Versand bekommt. Dadurch sind 2016 170 000 Franken in die Stadtkasse geflossen.

Weitere Wortmeldung:

**Michael Baumer (FDP):** Wir haben durchaus Sympathien für den Antrag der Minderheit. Allerdings steht dem entgegen, dass man keine E-Mailadressen der Empfänger hat. Es ist tatsächlich mit den Flyern so, dass sie mit der Post verschickt werden müssen. Fragwürdig ist indes, dass die einen etwas zahlen müssen für den Kulturversand und die anderen nicht. Je nachdem, ob die Stadtpräsidentin im Patronatskomitee ist oder nicht. Das ist eine Ungleichbehandlung, die man einmal anschauen sollte.

S. 119 15  
1501  
3181 0000

**PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT**  
**Kultur**  
**Post- und Telekommunikationsgebühren**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>024.</b> Antrag Stadtrat			380 700 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
	300 000		80 700 Minderheit	
	Begründung: Annullation des wöchentlichen Kulturversands per Post, Übergang zu elektronischer PR			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 025.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Auf dem vorliegenden Konto sind 109 Millionen Franken eingestellt und wir kürzen relativ brav um sechs Millionen Franken. Wir werden das Architekturzentrum aus der Begründung herausnehmen und den Antrag 26 zurückziehen. Den Rückbau der Kulturbulase sprechen wir bei den Förderkrediten an. Wir können nur dort, wo wir fordern, etwas versuchen abschaffen. Die Förderkredite sollen markant gestrichen und weit runtergekürzt werden. Stipendien oder Jahre im Ausland sind zu streichen, ebenso das Theatertreffen Schweiz oder die Poetry Slam-Meisterschaft. Zudem fordern wir die Kündigung der jahrelangen Subventionen, die der Stadtrat in eigener Kompetenz bis zu einer Höhe von 50 000 Franken beschlossen hat. Dies bei der Kinderkulturagenda, den Artists in Residence oder den Beiträgen an den Lotteriefonds. Plötzlich sind es 200 000 Franken an den Lotteriefonds, die Stadt muss vorsorglich soviel Geld einschiessen, damit das Zürcher Kammerorchester und die Lebewohlfabrik allenfalls beim Lotteriefonds etwas ausgezahlt bekommt. Das läuft dann einfach weiter, weil der Kanton dann weniger zuschiesst und die Stadt mehr. Wir haben die Beiträge, die unter 50 000 Franken sind, genauer angeschaut. Das Subventionstheater Theater Keller 62 ist uns mit dem Stadtratsbeschluss übermittelt worden. Dies mit der Aussage, das Theater erwirtschaftete  $\frac{3}{4}$  ihrer Auslagen selber. Fehlerhaft waren nur die beigelegten Finanzaufstellungen, die eine Deckung von 50 % auswiesen. Für uns sind 75 % oder 50 % ein grosser Unterschied. Bei den 50 000 Franken Subventionen, die seit etlichen Jahren laufen, ist ein erhebliches Sparpotenzial vorhanden.

**Shaibal Roy (GLP):** Das Zürcher Architekturzentrum (ZAZ) wird auf dem Antrag 26 zurückgezogen, aber im Antrag 25 berücksichtigt man es trotzdem noch? Das Theatertreffen Schweiz findet 2018, nach Lugano und Genf, in Zürich statt. Es gibt eine gleichmässige Beteiligung von Kanton und Stadt mit je 80 000 Franken und der Auflage, dass es bis 2023 nicht mehr in Zürich stattfinden soll. Es ist ein sinnvolles Rotationsprinzip mit nationalem Charakter und es lohnt sich, dass die Stadt in der Rotation einmal wieder

dabei ist. Für die Poetry Slam Europameisterschaft rechnet man mit etwa 20 000 Besuchern in fünf Tagen. Es ist ein attraktives Format für Zürich, um ein junges Publikum mit Jugendkultur anzulocken. Ein sinnvolles Budget in Höhe von 100 000 Franken gemessen am Gesamtbudget von 750 000 Franken. Mit einem sicher guten Return on Investment ist dies finanziell gut, wie auch für das Image der Stadt. Beim Lotteriefondsbeitrag gibt es eine Praxisänderung. Die Stadt soll dazu verpflichtet werden, auch selber Beiträge zu leisten, wenn der Fonds angefragt wird. Ein solcher Beitrag ist eine Leistung für das Zürcher Kammerorchester für dringende Renovationen und das will man offensichtlich nicht. Es ist eine gute Steuerung der Kulturabteilung. Sie wollten eigentlich 200 000 Franken beantragen, aber die Stadt ist nur gewillt maximal etwa 50 000 Franken zu sprechen. Bezüglich einer Annullation der Subventionen habe ich keine Rückfragen gesehen, und weiss nicht, wie man auf den Betrag gekommen ist.

Weitere Wortmeldung:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir lassen einen gewissen Handlungsspielraum, wie man die sechs Millionen Franken kürzt. Wir schlagen Reduktionen bei einigen Kulturinstitutionen vor. Dann muss das ZAZ nicht extra nochmal abgerechnet und aus dem Budget genommen werden. Die Sache mit dem Lotteriefonds war ein Vorschlag des Kantons, der einfach nicht mehr soviel Geld sprechen wollte.

S. 120	<b>15</b>	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b>			
	<b>1501</b>	<b>Kultur</b>			
	<b>3652 0000</b>	<b>Kulturförderungsbeiträge</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
<b>025.</b>	Antrag Stadtrat				109 579 400 Mehrheit
			6 000 000		103 579 400 Minderheit
		Begründung:	Markante Reduktion bei Ressortkrediten, Stipendien und Subventionen, Theatertreffen Schweiz, Poetry Slam Meisterschaft, Zürcher Architekturzentrum (ZAZ), Beiträge Lotteriefonds, Annullation nicht bindender Subventionen < Fr. 50 000		
					Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 026.

S. 120	<b>15</b>	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b>			
	<b>1501</b>	<b>Kultur</b>			
	<b>3913 0000</b>	<b>Vergütung an IMMO für Raumkosten</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>026.</b>	Antrag Stadtrat			7 573 200	Mehrheit
		297 900		7 275 300	Minderheit
		Begründung:	Fremdvermietung Museum Bellerive: Verzicht auf Zürcher Architekturzentrum (ZAZ)		

Dr. Daniel Regli (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 027. und 028. (Postulat GR Nr. 2017/423)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Severin Pflüger (FDP):** Das ist ein ritualisierter Antrag, wir stellen ihn jedes Jahr. Es geht um die Stadtentwicklung Zürich, die ich persönlich als Gemischtwarenhandlung bezeichne. Als Elmar Ledergerber Stadtpräsident war, hat er alle Aufgaben, die er lieb gewonnen hat, in das Präsidialdepartement mitgenommen. Dort wurden sie mit der Wirtschaftsförderung und den Aussenbeziehungen vermischt und kennzeichnen heute die Stadtentwicklung. Sie kümmert sich um Integration und Stadtentwicklung im engeren Sinn, aber glücklicherweise auch um die Standortförderung und die Aussenbeziehungen. Von der Aufgabenlast her fliesst von den zwölf Millionen Franken ein Grossteil in die Standortförderung und die Aussenbeziehungen. In Bezug auf den Personaleinsatz fliesst das Meiste in die Integration und die Stadtentwicklung. Wir sind der Meinung, dass die Stadtentwicklung von anderen Departementen, insbesondere dem Hochbaudepartement (HBD) und dem Sozialdepartement (SD), schon wahrgenommen und absorbiert wird. So, dass in diesem Bereich Stellen gestrichen werden können, ohne gleichzeitig mit einem grossen Personalaufbau rechnen zu müssen. Wir sehen hier Doppelspurigkeiten und es sind solche, die immer wieder zu Tage treten. Wenn die Volksinitiative «7 statt 9» Erfolg hat, gibt es dort die grössten Überschneidungen, wo man am ehesten Konsolidierungen in der Stadtverwaltung formen kann. Unsere Strategie bei der Kürzung ist die, dass man den Personalaufwand in den nächsten zwei Jahren um rund die Hälfte reduziert, auf 1,75 Millionen Franken. Weil man dies nicht von einem auf den anderen Tag umsetzen kann, werden wir deshalb im Budget 2018 eine Kürzung von 875 000 Franken im Personalbereich veranschlagen. Dies verursacht hinterher auch wiederum Einsparungen bei der IMMO, die man jetzt gar nicht abbilden konnte. Eine Reorganisation der Stadtverwaltung über das Budget zu verlangen, ist ein hoffnungsloser Fall, auch mit einem Postulat. Wahrscheinlich ist dies nur möglich, wenn man das Personal im Stadtpräsidium ersetzt und wahrscheinlich ist der neue Stadtpräsident durchaus in der Lage, die Aufgabe



wahrzunehmen.

**Shaibal Roy (GLP):** Dass es bei der Stadtentwicklung durchaus Überschneidungen mit anderen städtischen Bereichen gibt, ist eine Tatsache. Aber dies ist eigentlich auch gegeben durch die Querschnittsfunktion, welche die Stadtentwicklung innehat. Die vier Bereiche Gesellschaft und Raum, Wirtschaftsförderung, Aussenbeziehungen und Integrationsförderung sind effektiv per se als Kernaufgaben zu betrachten. Ich habe nicht mitbekommen, in welchen Bereichen man konkret die Überschneidungen und Abgrenzungen vornehmen will. Der Auftrag ist, dass es einen interdepartementalen Austausch geben soll und ein Abgleich sichergestellt werden muss. Auf strategischer Ebene sollen die Themen eben auch intern, unter Einbezug aller Departemente und externen Experten, die Stadt dazu befähigen, immer einen Schritt voraus zu denken. Mit den Forderungen und Anforderungen, die eben auch nicht zuletzt aus dem Gemeinderat kommen, stellen wir an die Stadt auch Forderungen, diese in der Stadtentwicklung entsprechend umzusetzen. Unter anderem beispielsweise mit einer Smart City-Strategie. Hier werden die entsprechenden Ressourcen benötigt und mit einem Abbau erreichen wir die Ziele sicher nicht. Abgesehen davon zählen wir bei der Stadtentwicklung 32 Personen mit 24,8 Stellenwerten. Eine Kürzung von 875 000 Franken würde auch Entlassungen bedeuten, das sind über sechzehn Stellen. Das ist sicher auch nicht die Intention der FDP.

**Isabel Garcia (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3531/2017) und zieht es zurück: Der Stadtrat soll prüfen, wie innerhalb der Dienstabteilung Stadtentwicklung zusätzlich 1,5 Stellenwerte zu den bereits bestehenden 1,5 Stellenwerte stellenneutral umgeschichtet werden können. Diese sind notwendig für die Ausschaffung der Strategie im Bereich Smart City. Wir haben vor gut einem Jahr die Motion eingereicht, in welcher der Stadtrat aufgefordert wird, eine bereichsübergreifende und umfassende Smart City-Strategie für Zürich zu erstellen. Dafür werden die entsprechenden Ressourcen benötigt. Wir wollen nicht die Verwaltung und die administrativen Abläufe des Berichtschreibens überborden und geben uns zufrieden mit der Antwort der RPK über den Stand der Dinge. Wir sind zuversichtlich, dass das Anliegen gut unterwegs ist und in weniger als einem Jahr liegt uns bereits schon die Weisung vor und wir können darüber debattieren. Vor diesem Hintergrund ziehen wir das Postulat zurück.

Weitere Wortmeldungen:

**Christian Traber (CVP):** Wir bleiben in der Enthaltung. Der Kürzungsantrag um 875 000 Franken geht uns deutlich zu weit. Vielleicht schafft man es im nächsten Jahr einen moderaten Anspruch zu schaffen, der eine Mehrheit findet. Wir sind auch der Meinung, die Stadtentwicklung ist zu gut dotiert. Man könnte dies fokussiert betrachten, die Doppelspurigkeiten abschaffen, aber dem Kürzungsbetrag können wir nicht zustimmen.

**Severin Pflüger (FDP):** Der GLP und der CVP geht der Antrag in dieser Höhe zu weit. Es ist aber an der Zeit, eine Lanze für die Stadtentwicklung zu brechen. Was früher recht weit auseinander war, ist doch ein Stück weit zusammengewachsen. Das haben wir zuletzt gesehen in der Förderung von Start-up-Unternehmen. Auch die Auswertungen bezüglich der Zukunft des Detailhandels haben mich beeindruckt, das ist gute Arbeit. Wir bleiben aber bei unserem Antrag. Die strategische Grundlagenüberarbeitung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und sozialräumlicher Themenbereiche steht im Pflichtenheft jeder einzelnen Dienstabteilung unserer Stadt.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Ich bedanke mich für den Rückzug des Postulats. Wir sind in

punkto Smart City sehr engagiert. Es gibt sehr viele Ressourcen, wir sind im Zeitplan und werden das Projekt gemäss Zeitplan, so wie es die Motion verlangt, mit einer Strategie und den benötigten Ressourcen beantragen. Die Stadtentwicklung arbeitet mit wenig Ressourcen sehr effizient und sehr gut. Es ist nicht so, dass Elmar Ledergerber Aufgaben aus dem Hochbaudepartement in die Stadtentwicklung hat fliessen lassen. Es war Stadtpräsident Sepp Estermann, der die Stadtentwicklung in den 90er-Jahren gegründet hat, als wir eine Blockade in der Stadtplanung hatten, auch im Zusammenhang mit der Bau- und Zonenordnung. Er hat das Stadtforum in Zürich-West eingerichtet und als erstes dort die partizipativen Verfahren der Stadtentwicklung ausprobiert. Ferner ist es ihm gelungen, mit der Abteilung Stadtentwicklung, die dort gegründet wurde, die Prozesse zu deblockieren und partizipative Planungsverfahren, die alle Akteure miteinbezieht, voranzubringen. So hat er frischen Wind in die Stadtentwicklung und in die Stadtplanung hineingebracht. Es ist eine Dienstabteilung, die eine sehr starke Querschnittsaufgabe hat, mit einem sehr starken strategischen Fokus. Ein Vorstoss von Walter Angst (AL) ist ziemlich lange hängig gewesen. Ein Postulat, das der Gemeinderat mehrfach nicht zur Abschreibung entgegengenommen hat. Es wurde jetzt im letzten September abgeschrieben. Das Postulat verlangte genau die Überprüfung der Schnittstellen dieser Querschnittsdienstabteilung. Diese haben wir durchgeführt, mit einer Organisationsentwicklung, woraus auch das Projekt «Stadt der Zukunft» entstanden ist. Und zudem die Grundlagenarbeiten für die Detailhandelsstudie gemacht worden sind. Eine wichtige Studie über die Zukunft und Rahmenbedingungen, die der Detailhandel in Zürich benötigt. Die Stadtentwicklung macht eine wichtige Arbeit. Es ist genau die Dienstabteilung Stadtentwicklung, die auch die Wirtschaftsförderung unter sich hat sowie Gesellschaft und Raum. Hier fliessen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aspekte auch in die Arbeit der kommunalen Richtplanung ein. Ich bitte darum, den Antrag abzulehnen und die Stadtentwicklung weiterhin ihre wichtige Arbeit machen zu lassen.

**Walter Angst (AL):** Wir haben das Postulat nicht zurückgezogen, weil wir der Meinung waren, es wäre jetzt alles auf einem guten Weg. Manchmal sind Postulate so überholt von der Realität, dass man sie abschreiben und den Prozess neu angehen muss. Unserer Meinung nach ist die Frage der sozialen Stadtentwicklung in der Analyse, die man gemacht hat, überhaupt nicht beantwortet worden. Die Realität der Stadtentwicklung zeigt klar, dass die Fragen mit der heutigen Struktur nicht zufriedenstellend geklärt werden. Insbesondere werden auch solche Fragen, wie Menschen, die von Verdrängung bedroht sind, eine Perspektive in der Stadt haben können, nicht sinnvoll aufgearbeitet.

S. 122	15 1505 3010 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>027.</b>	Antrag Stadtrat				3 556 900	Mehrheit
			875 000		2 681 900	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Konzentration auf Kernaufgaben und Abschaffung von Doppelspurigkeiten in anderen Departementen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 42 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) zu.

---

**3597. 2017/423**

**Postulat der GLP-Fraktion vom 29.11.2017:  
Stellenneutrale Zuordnung von zusätzlichen Stellenwerten an das Projekt «Smart City» zur raschen Erarbeitung einer Smart-City-Strategie**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2017/311, Beschluss-Nr. 3589/2017, Antrag Nr. 027.

Isabel Garcia (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3531/2017) und zieht es zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 029.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Elisabeth Liebi (SVP):** *Wer vor stets steigenden finanziellen Herausforderungen steht, wer dann sogar bei Rekordsteuereinnahmen nicht in der Lage ist, Schulden abzubauen, wer dann noch ein Defizit budgetiert, hat seine Hausaufgaben nicht gemacht. Per 2016 sind 67 000 Franken ausgegeben worden. Das Budget 2017 belief sich auf 90 000 Franken, jetzt sind es wieder 90 000 Franken. Die Stadt muss den Finanzaufwand in den Griff bekommen, deshalb sind sämtliche Ausgaben zu überprüfen. Die Reduktion von Versänden sehen wir als Möglichkeit. Hierbei ist zu erwähnen, dass der Versand mit rund 40 000 Einbürgerungsbriefen total unnötig war. Die zweite Möglichkeit sind günstigere, freie Produktionen. Entsprechend beantragen wir die Kürzung des Postens um 25 000 Franken, weil vorher tabellarisch schon 25 000 Franken gekürzt wurden.*

**Shaibal Roy (GLP):** *Richtig ist, dass wir schon einen Antrag hatten und dieser angepasst wurde. Es geht um wünschenswerte Begrüssungsbriefe für Neuzuzüger, die eine langfristige Aufenthaltsbewilligung haben. Diese Briefe beinhalten eine Einladung zu einer Begrüssungsveranstaltung und Informationen, beispielsweise zu Deutschkursen. Pro Couvert macht dies einen Betrag von 1,20 Franken. Das ist gut investiertes Geld und es kommt mannigfach zurück, indem die Integration dadurch vorangetrieben wird.*

Weitere Wortmeldung:

**Michael Baumer (FDP):** *Es ist ein Tabellenantrag durchgekommen, den wir unterstützt haben und deshalb wechseln wir zur Mehrheit.*

S. 122 15  
1505  
3101 0000

**PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT**  
**Stadtentwicklung Zürich**  
**Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>029.</b> Antrag Stadtrat			90 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	25 000		65 000 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Weniger Briefversände, günstigere Angebotsflyer

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 002. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 25 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 030.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Bartholdi (SVP):** *Es geht nicht darum, ob man das Projekt «Stadt der Zukunft» sinnvoll findet oder nicht. Die Zielperspektive «Stadt der Zukunft» beschreibt das jährlich neu zu definierende übergeordnete Stadtentwicklungsthema, das die vier Stadtbereiche Gesellschaft und Raum, Integrationsförderung, Wirtschaftsförderung und Aussenbeziehungen aus ihren unterschiedlichen Perspektiven interdisziplinär erarbeiten. Es geht ganz klar um die Kommunikationsmassnahmen der Veranstaltung, also um die 10 000 Franken, um das Ganze zu publizieren. Für öffentliche Veranstaltungen hat man eigene Referenten, das könnte man kostenlos machen. Wir haben in der Stadt genügend Räumlichkeiten, wo man die Veranstaltung durchführen könnte. Ich sehe keine zusätzlichen Kosten, es sei denn, man würde externe Referenten beauftragen und auch dann wären 10 000 Franken ein sehr hoher Betrag. Die Publikation der Resultate könnte man per Excel-Tabelle im Internet publizieren. Was, wenn es städtische Mitarbeiter machen, auch nichts kostet.*

**Shaibal Roy (GLP):** *Das Thema «Stadt der Zukunft» mit dem Fokus Handel im Wandel ist genau etwas, woran gewerbefreundliche Parteien ein grosses Interesse haben. Der Bericht mit den fünf Szenarien ist sehr interessant. Der digitale Detailhandel ist eine Realität und sich der Entwicklung, respektive den Untersuchungen zu dieser Entwicklung zu verschliessen, ist nicht fortschrittlich. Man sollte zulassen, dass diese Erkenntnisse und die Trends im Handel der Öffentlichkeit entsprechend zur Verfügung gestellt werden. Es gibt durchaus Interesse daran, was für Innovationen heute gefragt sind, auch was der Shoppingstrukturwandel an Agilität und dem Willen zur Veränderung bedingt. Es ist richtig, dass die Stadtentwicklung sich dem Thema widmet und der Öffentlichkeit ihre Erkenntnisse, zusammen mit involvierten Partnern aus dem Handel und beispielsweise auch Avenir Suisse, mitteilt.*

Weitere Wortmeldung:

**Stefan Urech (SVP):** Der Detailhandel leidet unter dem Online-Shopping. Stefan Iten (SVP) und ich haben dementsprechend einen Vorstoss eingereicht, dass man während der Adventszeit bei Sonntagsverkäufen gratis in der Innenstadt parkieren kann. Wir haben unzählige Vorstösse eingereicht, um dem Detailhandel das Leben zu erleichtern. Dieser benötigt Parkplätze. Wir hören einfach auf die Leute und benötigen dafür keine Studie und viel Geld.

**Roger Bartholdi (SVP):** Es geht nicht um den Inhalt, sondern nur um die 10 000 Franken, das ist der Antrag der Minderheit. Dazu wurde nichts begründet. Alles was das Internet betrifft, kann man kostenlos machen.

S. 122	15	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b>				
	1505	Stadtentwicklung Zürich				
	3107 0000	Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>030.</b>	Antrag Stadtrat				25 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			10 000		15 000 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Verzicht auf PR Stadt der Zukunft

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 031.

Kommissionsmehrheit/-minderheit 2:

**Shaibal Roy (GLP):** Die Mehrheit der RPK beantragt eine Kürzung von 100 000 Franken auf dem Konto. Unter Ausschluss von jeglichen Massnahmen, welche die Integrations- und Smart City-Projekte betreffen. Jedoch sehen wir Effizienzpotenzial in den Bereichen Gesellschaft und Raum, wo es Doppelspurigkeiten gibt und eine Erhöhung gegenüber dem Budget 2017 von 207 000 auf 250 000 Franken. So beispielsweise für die Überprüfung der Schnittstelle Stadtquartier, wie auch für die Vorbereitung der Bevölkerungsbefragung, wofür je 40 000 Franken eingestellt wurden. Diese können auch mit einem reduzierten Betrag, wenn überhaupt, umgesetzt werden. In der Wirtschaftsförderung ist eine Erhöhung respektive fokussierte Umschichtung zugunsten der Erarbeitung einer Smart City-Strategie absolut erwünscht. Die Reserve von 60 000 Franken kann durchaus auch noch reduziert werden. Wir haben die Erwartungshaltung, allfällige neue Projekte mittels Umschichtung oder Repriorisierung von bestehenden Projektportfolien zu alimentieren. Bei tatsächlichem Bedarf können wir dies dem Gemeinderat immer noch mit einer entsprechenden Begründung wieder zur Beurteilung vorlegen.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Von den 1,3 Millionen Franken fordern wir eine Kürzung um 300 000 Franken. Die Smart City-Strategie kürzen wir nicht. Wir kommen aber so oder so auf die 300 000 Franken, zurück auf die Rechnung 2016. Man muss operativ schauen, wie man mit weniger Geld auskommt. Die Reserven schlagen mit 60 000 Franken zu Buche, die Migrationskonferenz kostet 18 000 Franken, 47 000 Franken sollen für Antidiskriminierungsmassnahmen investiert werden und europäische Aussenbeziehungen sind mit 50 000 Franken dotiert. Weil es deutlich mehr Flüchtlinge gibt, wurden 100 000 Franken mehr eingestellt und erlaubt. Dass sich 2017 die Flüchtlingszahlen verschoben und zurückgegangen sind, war kein Thema. Es heisst einfach, dass man die 100 000 Franken eingefädelt hat, also müssen diese für die weiteren Jahre immer gezahlt werden. Weitere Kürzungen gibt es im Bereich ISDM, also dem integrierten Standort- und Destinationsmarketing. Auch bei der Stadt der Zukunft und den Infos für Zuwanderer kann gespart werden.

S. 123	<b>15</b> <b>1505</b> <b>3180 0000</b>	<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT</b> <b>Stadtentwicklung Zürich</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
<b>031.</b>	Antrag Stadtrat		270 000		1 312 000 1 042 000 Minderheit 1
			100 000		1 212 000 Mehrheit
			300 000		1 012 000 Minderheit 2
		Begründung:	FDP: Konzentration auf Kernaufgaben und Abschaffung von Doppelspurigkeiten in anderen Departementen; CVP: Nur moderate Erhöhung, aber keine Streichung von Integrations- sowie von Smart City-Projekten; SVP: Weniger externe Leistungen für die Umsetzung von GR Nr. 2015/130, 2016/153 und Stadt der Zukunft, weniger Studien und Integriertes Standort- und Destinationsmarketing, keine Beträge an Dritte für Aussenbeziehungen, keine Reserve		
					Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Raphaël Tschanz (FDP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (1 212 000) 80 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

#### Antrag 032.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Isabel Garcia (GLP):** Die Minderheit 1 schlägt auf diesem Konto eine Kürzung um 80 000 Franken vor. Es gibt einige Projekte, wie die Bevölkerungsbefragung, die nicht unbedingt notwendig ist. Auf diese kann man ganz verzichten und andere Projekte zurückstellen.

**Walter Anken (SVP):** Auf dem Konto haben wir eine Erhöhung von 15 000 Franken auf

125 000 Franken. Wir sind überzeugt davon, dass auf die Integrationsförderung verzichtet werden kann. Ebenso auf das Kartenkompendium, das kann elektronisch gemacht werden. Die Verwaltung schreibt selber, dass noch gar nicht sicher ist, welches Produkt man evaluieren will. Damit kann man warten, bis klar ist, welches Produkt hier wirklich relevant ist und dann kann man richtig budgetieren.

**Alan David Sangines (SP):** Die SVP will die Deutschkurse-Datenbank streichen, was nicht überraschend ist. Doch der Antrag der Minderheit 1 ist überraschend, denn die 80 000 Franken sind nicht nur für die Bevölkerungsbefragung, sondern auch für das Sozialraum-Monitoring. Die Gemeindeordnung gibt der Stadt den Auftrag, Grundlagen und Strategien für eine sozialräumliche Stadtentwicklung zu erarbeiten. Dafür wird eine kartografische Darstellung für soziale Indikatoren benötigt. Bis jetzt fand man diese in einem Kartenbuch. Weil das nicht sehr praktikabel ist, will die Stadtentwicklung dafür ein computerbasiertes Arbeitsinstrument anschaffen, das auch in den 80 000 Franken enthalten ist. Ausgerechnet die GLP, die sich als Digitalisierungspartei im Wahlkampf präsentiert, will die Digitalisierung von schwerfälligen Kartenbüchern wegekürzen.

Weitere Wortmeldung:

**Shaibal Roy (GLP):** Wir haben in unserem Antrag nicht erwähnt und wollen auch nicht, dass das Sozialraum-Monitoring oder die Digitalisierung betroffen ist. Wir haben aber festgestellt, dass in den Vorjahren auf dem Konto jeweils 15 000 Franken in der Rechnung waren, so auch im Budget 2017. Deshalb fordern wir zusätzlich zum Verzicht der Bevölkerungsbefragung eine Zurückhaltung im Einsatz der Mittel. Wir beantragen von den weiteren 75 000 Franken eine Reduktion um 30 000 Franken, von der explizit nicht das Sozialraum-Monitoring oder die Digitalisierung betroffen ist.

S. 123	15	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b>				
	1505	<b>Stadtentwicklung Zürich</b>				
	3189 0000	<b>Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>032.</b>	Antrag Stadtrat				125 000	Mehrheit
			80 000		45 000	Minderheit 1
			115 000		10 000	Minderheit 2
		Begründung:	GLP: Verzicht auf Bevölkerungsbefragung und Zurückhaltung bei anderen Ausgaben; SVP: Verzicht auf Sozialraummonitoring, Bevölkerungsbefragung, Integrationsförderung			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(125 000)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(45 000)	40 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(10 000)	<u>21 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen

= absolutes Mehr

62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 033.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir beantragen auf diesem Konto, dass man von den hier eingestellten 4,2 Millionen Franken 254 000 Franken einspart. Wir möchten, dass Kürzungen bei den folgenden Institutionen durchgeführt werden. Dem Kompetenzzentrum für interkulturelle Konflikte, dem Forum der Religionen, der Beiträge Mirsah vom Arbeiterhilfswerk, dem Zürcher Filmoffice und dem Innovationspark Dübendorf, der mit 30 000 Franken eingestellt ist. Auffallend ist die innovative Budgetierung des Stadtrats. Im letzten Jahr waren es 100 000 Franken, vorletztes Jahr 30 000 Franken. Das sind 160 000 Franken in drei Jahren. Aus Sicht der SVP kann man die veranschlagten 254 000 Franken gut einsparen.

**Shaibal Roy (GLP):** Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH Zürich, führt die Beratungsstelle für Migrations- und Integrationsrechte Mirsah. Diese übernimmt eine wichtige Funktion in Bezug auf die Vermittlung von klaren und verständlichen Informationen in migrations- und integrationsrechtlichen Belangen. Vor allem für Menschen, denen es nicht möglich ist, Anwälte zu finanzieren. Sie können für 50 Franken ein kompetentes und kostengünstiges Beratungsangebot in ausländerrechtlichen Fragestellungen beziehen. Neben den Beiträgen der Stadt von 50 000 Franken für das Zürich Filmoffice leisten der Kanton und Zürich Tourismus auch je einen Beitrag von 50 000 Franken. Unzweifelhaft bringt die Leistung, die ausschliesslich für die Personalkosten eines Filmoffices verwendet werden, einen deutlichen Vermarktungsvorteil für die Stadt im Hinblick auf nationale aber auch internationale Produktionen. Die Anzahl Drehtage in der Stadt haben nicht zuletzt aufgrund dieser Leistung in den letzten Jahren zugenommen. Die RPK-Mehrheit beantragt die Ablehnung des Antrags.

S. 123	15	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b>
	1505	<b>Stadtentwicklung Zürich</b>
	3650 0000	<b>Beiträge an private Unternehmungen</b>

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>033.</b>	Antrag Stadtrat			4 277 000	Mehrheit
		254 000		4 023 000	Minderheit
	Begründung:	Verzicht auf Beiträge Mirsah, Forum der Religionen, Zürcher Filmoffice, interkulturelle Konflikte, Innovationspark, übrige Beiträge			

Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)



Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 180, Beschluss-Nr. 3589/2017).

## **E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### **3598. 2017/457**

**Postulat von Thomas Schwendener (SVP) und Dr. Christoph Luchsinger (FDP) vom 13.12.2017:  
Erlass der Gebühren und Bewilligungen für die politische Plakatierung acht Wochen vor Wahlen und Abstimmungen**

Von Thomas Schwendener (SVP) und Dr. Christoph Luchsinger (FDP) ist am 13. Dezember 2017 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie acht Wochen vor politischen Wahlen und Abstimmungen Gebühren und Bewilligungen für die Plakatierung von politischen Parteien auf privatem und öffentlichem Grund erlassen werden können, die die politischen Informationen zur Abstimmung bzw. Wahl zum Zweck haben.

Begründung:

In der schweizerischen Demokratie gehören solche Wahl- und Abstimmungsplakate zu einem wichtigen Element im Meinungsbildungsprozess vor Wahlen und Abstimmungen. Hinzu kommt, dass in der Vergangenheit auf Privatgrund wie auch auf öffentlichem Grund „wild“ plakatiert wurde, ohne dass dies geahndet wurde. Diesem Zustand soll mit einer Zulassung der Plakatierung auf privatem wie auch auf öffentlichem Grund bei Standaktionen ohne Bewilligungspflicht, ein Ende gesetzt werden. Im Weiteren ist festzuhalten, dass in anderen Bezirken und Kantonen solche politischen Plakatierungen nicht kostenpflichtig ist.

Mitteilung an den Stadtrat

### **3599. 2017/458**

**Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 13.12.2017:  
Einschränkung des Suchverkehrs in der «Blauen Zone» durch Erweiterung der Gültigkeit der Anwohner-Parkkarten auf die angrenzenden Kreise der Postleitzahlen**

Von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Walter Anken (SVP) ist am 13. Dezember 2017 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Suchverkehr in der «Blauen Zone» vermindert werden kann, indem die Anwohner-Parkkarte mit der Gültigkeit in einem Kreis gemäss der Postleitzahl auch in den jeweils angrenzenden Kreisen der Postleitzahlen gültig ist.

Begründung:

Es wird – auch jüngst in der Presse - immer wieder hervorgehoben, dass nicht genügend Parkplätze in der «Blauen Zone» vorhanden sind. Der Hinweis, eine Parkkarte beinhalte keine Garantie, einen Parkplatz auch

real vorzufinden, löst das Problem des Suchverkehrs nicht, sondern verdrängt es bloss. Die Abschnitte an den Grenzen der Kreise der Blauen Zone, in welchen die Karten von beiden PLZ-Kreisen gültig sind, bleiben auf kurze Strecke beschränkt. Demgegenüber finden sich in den anstossenden PLZ-Kreisen oft viele leere Plätze der «Blau-en Zone». Dieses brachliegende Potential gilt es zu nutzen. Die Gefahr einer Strapazierung dieser Flexibilität dürfte gering sein, da man in der Regel möglichst nahe am Wohnort parkieren will und dafür nicht entferntere Strassenzüge aufsucht. Der Suchverkehr könnte jedoch stark abgebaut werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

### **K e n n t n i s n a h m e n**

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 13. Dezember 2017, 21 Uhr.